

Wöchentlich 88 Bl., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar, Halbjahr 4,32 M. einschließlich 60 Bl. Postzinsen- und 72 Bl. Postbestellgebühren. Auslandabonnements 6.- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksatz 5.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Volk und Welt“, Ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Witz in die Bismarck“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, D. S. u. Disz.-Ges., Depostenk., Jerusalemstr. 63/64.

Freitag
20. Februar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einpaltige Nonpareilgröße 80 Bismarck, Reichsweite 4.- Reichsmark. „Richte Angelegen“ das einzige deutsche Wort 25 Bismarck (jünglich zwei fragebrachte Worte), jedes weitere Wort 12 Bismarck. Stellenangebote das erste Wort 15 Bismarck, jedes weitere Wort 10 Bismarck. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt. Jede 50 Bismarck. Familienanzeigen jede 40 Bismarck. Anzeigenannahme und Druckgeschäft: Lindenstraße 2, monatlich von 8/1 bis 17 Uhr.

Reichsrat beschließt Wahlreform.

Novelle zum Wahlgesetz angenommen.

Der Reichsrat hat gestern mit 56 gegen 10 Stimmen eine Novelle zum Reichswahlgesetz angenommen, die von der Reichsregierung vorgelegt worden war. Die Novelle vermindert die Zahl der Wahlkreise, verkleinert die Zahl der Abgeordneten und soll der Parteienzersplitterung entgegenwirken.

Der Berichterstatter Ministerialdirektor Dr. Poetsch-Hefter-Sachsen führte zur Begründung der Vorlage aus:

Die Reichsverfassung stellt die Erfordernisse der Gleichheit, der Unmittelbarkeit und des Proporz auf. Änderungen können nur durch Verfassungsänderung vorgenommen werden. Die Forderungen nach einer Wahlreform auch innerhalb des Verfassungsrahmens sind aber niemals verstummt. Die Kritik, deren Berechtigung der vorliegende Entwurf anerkennt, geht besonders dahin, das Wahlrecht mit seinen langen Listen und großen Wahlkreisen habe die Verbindung zwischen Wähler und Abgeordneten gelöst; der verfassungsmäßige Grundsatz der Unmittelbarkeit der Wahlen sei gefährdet, wenn nicht verfehlt. Das gegenwärtige System, das möglichst alle Stimmen in einer weitgehenden Berechnung berücksichtigen wolle, habe zu der großen Parteienverquickung geführt. Die Zersplitterung, die durch die Einführung des amtlichen Stimmzettels noch gefördert worden sei, erschwere die Mehrheitsbildung im Reichstag und damit auch die Regierungsbildung. Um diesen Nachteilen zu begegnen, schlägt der Entwurf vor allem vor:

1. Abschaffung der langen Listen; die Stimmzettel können nur bis drei Bewerber enthalten.
2. Im Zusammenhang mit der Abschaffung der langen Listen ist eine erhebliche Verkleinerung der Wahlkreise vorgesehen (162 gegen bisher 35).
3. Die Reichsliste verschwindet; die Stimmen werden in Wahlkreisverbänden und außerdem falls die hierbei bleibenden Verbandsreststimmen in Ländergruppen zusammengezählt.
4. Der amtliche Stimmzettel wird abgeschafft.
5. Das bisherige Wahlverfahren fällt weg. Der Entwurf wolle es einfacher gestalten. Die Ausschüsse meinen aber, daß dies, solange der Proporz aufrechterhalten werde, zu Schwierigkeiten führen müsse. Sie haben ein vereinfachtes An-

meldeverfahren für die Stimmzettel beschlossen, dessen Ausgestaltung der Reichsversammlung vorbehalten ist.

Der Berichterstatter fügte hinzu, daß, wenn man morgen nach dem neuen Gesetz wählen ließe, die parlamentarische Mitte, die heute hinter der Regierung stehe, stark zusammenschmelzen würde. Man könne daher bei diesem Entwurf der Regierung kaum den Vorwurf machen, daß sie jetzt dieses Gesetz einbringe, um eine Stützungsaktion für sich selbst einzuleiten.

Sächsischer Gesandter Dr. Stadnauer erklärt, daß die sächsische Regierung es mindestens als zweifelhaft ansehe, ob die vorgesehene Regelung über die Bewertung der Reststimmen den Verfassungsbestimmungen über die Gleichheit des Wahlrechts Rechnung trage. Nach den Stimmen bei den letzten beiden Wahlen ergebe sich, daß nach dieser Regelung 20 Prozent der Stimmberechtigten unberücksichtigt blieben. Die vorgeschlagene Bewertung der Reststimmen gehe weit darüber hinaus, Kaufleute gegen die Parteienzersplitterung zu schaffen, sie sei nur ein Vorteil für die größeren Parteien, die erheblich begünstigt würden.

Ministerialrat Dr. Kaiserberg erklärt für die Reichsregierung: Die sächsischen Bedenken sind in der Ausschussberatung eingehend verhandelt worden. Es ist dort dargelegt worden, daß diese Bedenken nicht von zureichenden Voraussetzungen ausgehen, insofern, als Sachsen bei seiner Berechnung die Parteigruppierung bei den letzten beiden Wahlen zugrunde legt. Man muß aber davon ausgehen, daß das neue Gesetz eine Zusammenfassung der Parteien erstrebt, und daß auf Grund der Parteigruppierung, die sich aus einem anderen Wahlsystem zwangsläufig ergeben muß, ganz andere Ziffern, nämlich viel weniger hohe Ziffern, hinsichtlich der zu verwendenden Reststimmen ergeben. Der Einwand, daß ein Fünftel der Stimmen unberücksichtigt bleibt, würde also in diesem Ausmaß nicht zutreffen.

In namentlicher Abstimmung wurde ein preussischer Antrag (Wahlquotient: 75 000, statt 60 000 wie bisher und 70 000 der Vorlage) mit 34 gegen 29 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen angenommen.

Darauf wurde die Vorlage im ganzen mit 56 gegen 10 Stimmen angenommen. Die Gegenstimmen wurden von den Ländern Thüringen, Mecklenburg-Schwerin und Sachsen abgegeben.

möglich gewesen ist, zu organisieren. Außerdem wird die Wahlbewegung, die insgesamt mindestens sechs bis sieben Monate in Anspruch nehmen wird, das gesamte Volk in bisher unerhörtem Maße aufrütteln und in Atem halten, die Agitation erleichtern und die politische Schulung des gesamten Volkes vollenden."

Der Justizminister verspricht.

Madrid, 19. Februar.

Garcia Prieto gab bei der Uebernahme des Justizministeriums die Erklärung ab, daß er ein liberaler Mann sei. Er wolle mit seinen Kollegen daran arbeiten, ein Parlament zu schaffen, in dem alle Spanier unter der Monarchie das gleiche finden würden, was ein Republikaner von der Republik erwarten könne.

Republiktag in Koburg.

Die Holentkruzer loben vorher, aber verschwinden schließlich von der Bildfläche.

Koburg, 19. Februar. (Eigenbericht.)

In Koburgs größtem Saal sprach am Mittwochabend der Bundesführer des Reichsbanners, Otto Hörsing, in einer überfüllten republikanischen Kundgebung vor mehr als 3000 begeisterten Besuchern. Die Reaktion Koburgs, besonders die Nazis hatten gedroht, daß es, wenn die Versammlung stattfände, zu Blutvergießen käme. Die bayerische Regierung sicherte aber durch starkes Aufgebot der grünen Polizei den ruhigen Verlauf der Versammlung. Sie entsandte zwei Hundertschaften der Landespolizei aus Nürnberg nach Koburg und sicherte auch die Chaussees durch Landjäger vor rabaukulischem Holentkruzer-Zug. Das hatten die Hitler-Gardisten nicht erwartet. Sie blieben deshalb bei all ihrer Großmäuligkeit in Koburg feil, und die Kundgebung endete mit großem moralischen Erfolge. Hörsing geleitete die Tätigkeit der politischen Radschritter und feierte den stolzharten Willen der republikanischen Bevölkerung, unter allen Umständen die republikanische Verfassung zu erhalten. Die Ausführungen Hörsings wurden mit jubelndem Beifall aufgenommen.

Spanische Sozialisten optimistisch.

Umsturz nicht aufzubalten.

Madrid, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Das Organ der sozialistischen Partei Spaniens „El Socialista“ erklärt in seiner Donnerstags-Ausgabe, daß das neue Kabinett den politischen Umsturz nicht werde aufhalten können.

Der Generalsekretär der Gewerkschaften und der Vorstand der sozialistischen Partei werden am Sonnabend zu der neuen Lage in einer gemeinsamen Sitzung Stellung nehmen.

Katalonen-Führer Macia zur Lage.

Brüssel, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Der Brüsseler Korrespondent des „Soz. Pressedienst“ hatte am Donnerstag eine Unterredung mit dem bisher in Brüssel weilenden Führer der katalonischen Autonomisten, Oberst Macia. Macia hat vor etwa zehn Tagen von der Regierung Berenguer die Erlaubnis erhalten, nach Barcelona zurückzukehren, erholt aber erst am Donnerstag das französische Durchreiserecht. Macia wird Brüssel am Freitagabend verlassen, so daß er Sonntag mittag in Barcelona eintrifft.

Auf die Frage, was er von der neuen Madrider Regierung halte, antwortete Macia, daß sie im Grunde eine Wiederholung des letzten Experiments der Berenguer-Regierung bedeute und voraussichtlich ebenso fehlschlagen werde wie jene. „Ich sehe zwei Möglichkeiten“, fuhr Macia fort, „entweder bringen die nächsten Tage entscheidende neue Ereignisse oder aber es wird der gegenwärtigen Regierung Zeit gelassen werden, ihr Programm zu verwirklichen, d. h. es wird ihr, falls sie hinreichende Garantien für eine freie Abstimmung liefert, die Möglichkeit gegeben werden, erst die Gemeindevahlen, dann die Provinzialwahlen und schließlich die allgemeinen Wahlen zur Kammer und zum Senat durchzuführen. Das wird sowohl der katalonischen wie der spanischen revolutionären Bewegung Zeit geben, sich in viel wirksamerer Weise, als es bisher

Gesprengte Fesseln.

Von Deerberg zu Moritz.

Der deutschnationale Abgeordnete des Preussischen Landtags, Dr. Deerberg, hat am Donnerstag sein Mandat niedergelegt.

Die Mandatsniederlegung des Senatspräsidenten Dr. Deerberg hat eindeutigen Sinn: für einen anständigen, objektiven Menschen ist in der verjugenbergigen Deutschnationalen Partei kein Raum mehr. Deerberg ist gegangen, wie vor ihm andere aus der Deutschnationalen Partei ausgeschieden sind, die über die Parteigrenze hinaus Achtung und Ansehen genossen: wie die Professoren Düringer, Hoehsch und Gierke.

Bei Gierke war es eine jüdische Frau, bei Hoehsch und Düringer waren es noch halbwegs politische Gründe — bei Deerberg liegt der Fall sehr viel einfacher: der Mann hat fortgemußt, weil er sich geweigert hat, gegen bessere Einsicht die verlogene Hege der Hugenbergischen Kumpelstilschen-Garde zu unterstützen. Der Mann hat fortgemußt, weil er sein richterliches Gewissen höher geachtet hat als die Schliche politischer Taktik. Und das gibt der Sache ihren eigenen, pikanten Geschmack: während die deutschnationale Berleunderede über Fesselung der Justiz zeteri, zwingt sie einen ihrer besten Männer zum Ausscheiden aus keinem anderen Grunde, als weil er — auf seiner richterlichen Ueberzeugung bestanden hat!

Deerbergs Mandatsverzicht war durchaus nicht freiwillig. Nachdem Deerberg seine beachtenswert mutige Rede im Hauptausschuß des Preussischen Landtags gehalten, nachdem er bekanntgegeben hatte, daß er den Verfasser der Lügenchrift „Gefesselte Justiz“ bereits vor Erscheinen auf die völlige Halslosigkeit seiner Behauptungen hingewiesen hatte, da konnte man körperlich wahrnehmen, wie unter Leitung des betrieblamen Herrn Steuer die Deutschnationalen von Deerberg abrückten. In der Mittagspause sah Deerberg, ein isolierter Mann, am einsamen Tische, während Herr Steuer, sein verschlagenes Lächeln auf den Lippen, von einem zum andern wieselte, um Stimmung gegen Deerberg zu machen. Man beriet einen Auschlussantrag. Dem ist Deerberg, angewidert von der „Gerechtigkeitsliebe“ seiner Parteikollegen, durch Mandatsverzicht zuvorgekommen.

Vor 80 Jahren hat ein anderer preussischer Richter in ähnlicher Situation ähnlich gehandelt. Der große Jurist Grolman, unter dessen Vorsitz der Demokrat Waldeck von einer lügenhaften Anklage mit Glanz freigesprochen wurde, mußte vom König Friedrich Wilhelm IV. deswegen bittere Vorwürfe einstecken. Grolman berief sich darauf, daß er über die Ausübung seines Richteramtes auch dem König keine Rechenschaft schulde. Der König fuhr Grolman an: „Ich kann in solcher Sache nicht den Mann vom Amte trennen.“ — „Ich kann es“, sagte Grolman — und nahm seinen Abschied.

Wie Grolman ging, weil er einsah, daß der fanatische Haß des Königs gegen die Demokraten jeden Gerechtigkeitsinn in ihm verdunkelte, so hat Deerberg sein Mandat niedergelegt aus der Erkenntnis, daß es unmöglich ist, unter den heutigen Deutschnationalen mit Objektivität und Gerechtigkeitsinn zu wirken. Er hat sich gegen das Moritz-Zarnowskie Lügenbuch gestemmt, weil er auf Grund genauesten Studiums des Aktenmaterials, weil er auf Grund eigener intensiver Mitarbeiterarbeit in den Untersuchungsausschüssen wußte, daß der Inhalt des Buches zusammengelogen und zusammengefälscht ist. Er hat dies seinen Parteigenossen mitgeteilt. Sie haben sachlich nichts einwenden können, aber sie haben ihn dennoch zwingen wollen, seine innere Ueberzeugung zu vergewaltigen, damit ihre schöne Hegeklampagne nicht in die Brüche gehe!

Die Deutschnationale Partei hat zwischen dem Senatspräsidenten Deerberg und dem Lügenstrickenten Moritz zu wählen gehabt. Sie hat sich prompt für Moritz gegen Deerberg entschieden. In der Tat: je weniger für einen Deerberg Platz in der Deutschnationalen Partei ist, desto mehr Verwendung hat diese Hugenberg-Filiale für Leute von den Talenten und Charaktereigenschaften des Moritz aus Zarnow. Die Gestalt dieses Mannes ist ebenso eindeutig wie die des Präsidenten Deerberg — nur in umgekehrtem Sinne. Als entlassener Provinzamtis-

Alle Parteigenossen beteiligen sich heute abend 8 Uhr an der Kundgebung des Reichsbanners im Sportpalast!

inspektor nach dem Kriege hat Moritz zunächst einen Kache-
feldzug gegen seine ehemaligen Vorgesetzten unternommen.
Er hat die Intendanturbeamten beschuldigt, in gemeiner
Weise die Feldsoldaten um ihre Verpflegung gebracht zu
haben. Er hat in Artikeln der sozialdemokratischen Presse be-
wiesen, daß die Schlemmerei der Offiziere in den hohen
Stäben zum Zusammenbruch des 9. November geführt habe.
Als sozialdemokratischer Bezirkstagsdelegierter hat er im
Jahre 1921 in Magdeburg die Säuberung der Ministerien
von reaktionären Beamten verlangt. Aber dieser Mann, der mit
einem sozialdemokratischen Mitgliedsbuch in der Tasche in der
Partei emporklimmen strebt, gesteht zynisch in einer von ihm
selbst verfaßten Lebensbeschreibung, daß er von 1919 bis 1924
volksparteilich, dann deutschnational und von
1928 ab nationalsozialistisch gewählt hat! Nach
eigener Angabe hat er aber in der gleichen Zeit auch Artikel
für die „Karte Fahne“ geschrieben.

Das ist der Typ, wie man ihn jetzt in der Deutschnationalen
Partei braucht. Man muß doch die Konkurrenz mit
den Goebbels, Kube, Münchmeyer, Holz, Sautel, Hintler
usw. usw. bestehen können! Nachdem unter Hugenberg
geniale Leitung die Deutschnationale Partei völlig in das
strudelnde Fahrwasser nationalsozialistischer Heß- und Verleum-
dungsmethoden eingelaufen ist, bilden sachliche und objektive
Männer wie Deerberg nur unnützen Ballast, der über Bord
geworfen werden muß. Statt ihrer braucht man aalglatte,
gewandte Burschen, die vor keinem noch so bedenklichen Ma-
növer zurückschrecken. Fort mit Düringer, fort mit Hoehlich,
fort mit Deerberg! Fort mit Wissenschaft, Sachlichkeit und
Objektivität! Kumpelstüßchen und Moritz Jarnow dafür an
das Steuer — nein, neben den Steuer gestellt!

Der Weg von Düringer und Deerberg zu Moritz und
Kumpelstüßchen kennzeichnet den geistigen und moralischen
Verfall der Deutschnationalen Partei.

Zur Vorgeschichte des Deerbergischen Mandatsverzichts erzählt
die „Bosliche Zeitung“ folgendes: Es hat zwar in der deutschna-
tionalen Landtagsfraktion kein formeller Ausschlußantrag gegen
Deerberg vorgelegen, aber man hatte ihm mitgeteilt, daß er nicht
mehr im Plenum, wie in den früheren Jahren, die Rede zum
Sitzetat halten dürfe. Diese sei vielmehr dem Abgeordneten
Steuer überlassen. Dies habe Deerberg als schwere Kränkung
empfunden.

Uns ist das durchaus begreiflich. Wenn man statt des Senats-
präsidenten Deerberg Herrn Lothar Steuer zum Justizreferenten
macht, so ist das genau so, als ob man Deerberg durch
Moritz Jarnow ersetzen würde. Steuer hat zwar vor
dem Kriege ein oder zwei Semester Jura studiert, aber weder
jemals ein Examen noch sonst von diesem Studium Gebrauch
gemacht. Im Landtag, dem er seit 1925 angehört, hat er sich von
allen das Gebiet des Rechtes betreffenden Fragen ferngehalten,
den Rechtsausschuß hat er niemals betreten. Sein einziges
„Können“ liegt auf dem Gebiete struppeloser und persönlich ge-
hässiger Demagogie.

Ragenjammer rechts.

Ehrhardt gegen die Nationalsozialisten — Die Deutschnationalen unter Goebbels Zucht.

„Selbstmord der nationalen Opposition“ — so charakterisiert Kapitän Ehrhardt, der Gründer der Or-
ganisation Consul, den Auszug der Hakenkreuzler und Hugenbergianer aus dem Reichstag.
Diesen Bescheid erteilt er seinen Freunden in der rechts-
stehenden Berliner „Deutschen Allgemeinen
Zeitung“ in einem langen Artikel, der zeigt, daß man
auch im rechtsradikalen Lager über Sinn und Zweck der
Flucht aus dem Reichstag alles andere als einer Meinung ist.
Ehrhardt wirft den Hakenkreuzlern und Hugenbergianern
zunächst vor, daß sie ebenso dumm operierten wie die Träger
des Kaiserreiches, daß sie den Gegner unterschätzten, die
eigenen Erfolge überbewerteten und eine seltsame Scheu vor
der unerbittlichen Wirklichkeit besäßen. So sei es zu erklären,
daß sich die nationale Opposition auf lange Zeit selbst von der
Mitbestimmung der deutschen Geschicke ausgeschaltet habe und
in beispiellos kurzfristiger Weise Selbstmord verübe. Der
Reichstag sei keineswegs „zerstört“, wie
es ein offizieller Ausruf der Opposition behauptete. Es sei eine
leere Drohung, wenn der Nationalsozialist Frank II den
Bürgerkrieg an die Wand male. Die Wehrmacht des Reichs
und die Polizeimacht des größten Staates Preußen seien fest
in der Hand der gesetzlichen Gewalten. Mit der Erzeugung
von Putschpsychosen lasse sich allenfalls ein Propagandaerfolg
erzielen, im Jahre 1931 aber keine ernsthafte Politik mehr
machen.

So sagt Ehrhardt seinen Freunden eine bittere Wahr-
heit nach der anderen und fährt dann wörtlich fort:

„Der Haß gegen den Staat an sich, der von der nationa-
len Opposition seit einigen Jahren mit allen Mitteln der
Massenverhetzung getrieben wird, hat zwar den be-
stehenden Staat nicht zu erschüttern vermocht,
wohl aber in breitesten Schichten des Volkes, besonders unter der
Jugend, herabsetzende und beinahe schon krankhafte Verneiner ge-
schichtet. Die Bindungen zum Staat überhaupt, zur Staats-
und Herrschaftsidee, sind zerrissen worden. Damit hat die nationale Opposi-
tion einer Anarchie des Staatsbewußtseins Vorschub
geleistet, die sich noch einmal bitter rächen wird.“

Auch im Lager Hugenberg regten sich Stimmen, die
heftig Kritik an der Politik des Ausreisens üben. Die deutschna-
tionale Fraktion hat gestern eine Fraktionsführung im
Reichstag abgehalten. Nach der Sitzung wurde offiziell mit-
geteilt, es sei nicht wahr, daß es Meinungsverschiedenheiten
zwischen Hugenberg und Oldenburg-Januschau
gebe. Das läßt tief blicken!

Die Herrschaften gingen wehmütig im Reichstag spazieren,
sie waren da und doch nicht da — Herr Goebbels hat es ver-
boten, wirklich da zu sein!

Nicht ganz erwachsen.

Nationalsozialist Reventlow vor Gericht.

Der Nationalsozialist Graf Ernst von Reventlow wurde vom
Schiffengericht Berlin-Mitte wegen Beschimpfung der Republik zu
600 M. Geldstrafe verurteilt. Die Urteilsbegründung be-
schönigte ihn, daß er sich vor Gericht kläglich habe herausreden
wollen — ein erwachsener Mensch müsse sich über die Wirkung
der beleidigenden Ausdrücke im Klaren gewesen sein.

Platz für Begabte!

Grimme verordnet: Verschärfte Auslese in den höheren Schulen.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung
Grimme hatte bei der Beratung des Kultusetats im Landtag
einen Erlaß angekündigt, der Bestimmungen über eine schärfere
Auslese in den höheren Schulen enthalten sollte. Dieser Erlaß ist in
dem neuesten Heft des „Zentralblatts für die gesamte Unterrichts-
verwaltung in Preußen“ abgedruckt. Wie der Amtliche Preussische
Pressebericht mitteilt, führt der Minister aus, daß sowohl aus bil-
dungspolitischen Erwägungen wie mit Rücksicht auf die Finanzlage
des Staates und der Gemeinden dem Andrang von Schülern zu
den mittleren und höheren Schulen entgegengewirkt und dem
Problem der Schülerauslese besondere Aufmerksamkeit zu-
gewendet werden müsse.

Zu diesem Zweck wird bestimmt, daß die Aufnahme aller
Schüler in den untersten Klassen der höheren und mittleren Schulen
künftig unter der Bedingung der Bewährung erfolgt; wer nach
dem Urteil der Klassenkonferenz (Dreiviertelmehrheit) frühestens
nach halbjährigem Besuche der Klasse für die Ausbildung auf der
höheren oder mittleren Schule sich als nicht geeignet erweist, muß
die Schule verlassen.

Auch für die höheren Klassen werden die Bestimmungen
verschärft. In der untersten Klasse der Mittelstufe und der Ober-

stufe muß ein Schüler künftig schon nach einjährigem Aufenthalt
die Schule verlassen, wenn nach dem Urteil der Klassenkonferenz
(Dreiviertelmehrheit) ein längeres Verbleiben voraussichtlich keinen
Erfolg versprochen würde. Unter der gleichen Voraussetzung müssen
Schüler, die zweimal in derselben Klasse oder je einmal in unmittel-
bar aufeinanderfolgenden Klassen nicht verjert werden, die Schule
verlassen.

In dem Erlaß ist ferner bestimmt, daß die Aufnahme-
prüfung beim Übergang von der Grundschule in mittlere oder
höhere Schulen in Zukunft grundsätzlich fortfällt. Der Fortfall wird begründet mit den pädagogischen Bedenken, die
gegen eine Prüfung zehnjähriger Kinder sprechen. Ueber die Auf-
nahme von Grundschulern entscheidet künftig ohne Prüfung der schon
jetzt bestehende Ausschuß von Studienräten und Grundschullehrern
auf Grund der Gutachten der Grundschule. Nur wenn der Ausschuß
mit Rücksicht auf eine zu geringe Zahl verfügbarer Plätze ohne
Prüfung nicht entscheiden kann, darf er eine besondere Aufnahme-
prüfung vornehmen.

Im Erlaß wird zum Schluß betont, daß bei Handhabung dieser
Bestimmungen auf die Auslese besonders befähigter
minderbemittelter Schüler Rücksicht zu nehmen ist.

Hitlers „raube Kämpfer“.

Auf Moral wird beim Hakenkreuz kein Wert gelegt.

Im Reich Hitlers stinkt es seit langem! Wo Leute in
führende Stellungen aufgenommen werden, die wegen ehren-
rühriger Verbrechen mit Gefängnis, ja, mit Zuchthaus be-
straft sind, muß es stinken. Sa, es stinkt sogar so, daß sich selbst
Angehörige der NSDAP und ihrer Schutzstaffel in letzter Zeit
immer wieder an die Leitung ihrer Organisation mit Beschwerden
darüber gewandt haben, daß Hehler, Diebe, Einbrecher,
Kuppler und Betrüger bei den Nazis nicht nur geduldet
werden, sondern sogar Führerstellen be-
kleiden dürfen. Und was tut Hitler? Er verurteilt nicht etwa die
Hehler, Diebe, Einbrecher, Kuppler und Betrüger, sondern die, die
mit diesen Verbrechern nichts zu tun haben wollen. So ordnet er
in einem „Erlaß“ vom 3. Februar folgendes an:

„Der obersten SA-Führung liegen eine Reihe von Meldungen
und Anzeigen vor, die sich gegen SA-Führer und
Männer richten, und vor allem wegen des Privat-
lebens dieser Persönlichkeiten Angriffe enthalten. Den
obersten und oberen SA-Führern wird nun zugemutet, über diese
Dinge, die rein auf privatem Gebiet liegen, Entschei-
dungen zu treffen. Ich weise diese Zumutung grund-
sätzlich und in aller Schärfe zurück. Abgesehen davon,
daß wertvolle Zeit, die im Freiheitskampf notwendiger ist, nutzlos
vertan wird, muß ich feststellen, daß die SA eine Zusammenfassung
von Männern zu einem bestimmten politischen Zweck ist. Sie ist
keine moralische Anstalt zur Erziehung von
höheren Töchtern, sondern ein Verband rauber
Kämpfer. Aufgabe der Führung kann nur sein, ob der
SA-Führer oder Mann seine Dienstpflicht er-
füllt oder nicht, das Privatleben kann nur dann Gegenstand
der Betrachtung sein, wenn es persönlichen Grund-
sätzen der nationalsozialistischen Weltanschau-
ung zuwiderläuft. Künftig werden die oberen SA-Führer,
denen derartige Anzeigen zugehen, zunächst zu prüfen haben, ob
nicht der Anzeiger, der Mißbilligung und Unfrieden in die

SA trägt, zur Verantwortung zu ziehen und ge-
gebenenfalls der Ausschluß aus der SA bzw. aus
der Bewegung zu beantragen sein wird. gez. Adolf Hitler.“

Nun mußte man nur noch wissen, wie die persönlichen Grund-
sätze der nationalsozialistischen Weltanschauung sind, wenn ihnen die
ehrenrührigen Verbrechen nicht zuwiderlaufen! Wir geben frei-
lich zu, daß die Nationalsozialisten keine Zeit haben, sich um diese
Nieder ihrer Bewegung zu kümmern — sie müssen vielmehr
ihre politischen Gegner bespielen. So sind z. B. bei
verschiedenen Gauen und Stäben der SA-Organisation besonders
Aktivitäten eingerichtet, die keinen anderen Zweck haben, als in
anderen Parteien und in den Behörden zu spionieren.
Vor allem aber sollen sie bei uns einzelne gehende
Angaben darüber machen, ob Angehörigen anderer Parteien oder
Behördenmitgliedern Unterschlagungen, Bestechungen, Bewucherun-
gen, Schleichungen oder ähnliches nachzuweisen sind. Außerordent-
licher Wert wird auch gelegt auf die Berichterstattung über ge-
richtliche Strafen und Vergehen Angehöriger anderer
Parteien, damit diese in dem politischen Kampfe der NSDAP gegen
ihre Gegner verwertet werden können. Obwohl die Führung der
NSDAP solche Bepfehlungsabteilungen einrichtet, erschloß sich
Hitler erst dieser Tage, in einem „Erlaß“ an die NSDAP von „Be-
pfehlungsstellen der Gegner“ zu sprechen, die „unter Förderung
amtlicher und halbamtlicher Stellen fieberhaft arbeiten“, um die
„nationalsozialistische Bewegung“ zu Unbefonnenheiten zu retten.

Für die eigene Partei bestimmt Hitler, daß das Privatleben mit
der Pflichterfüllung im Dienste der NSDAP nicht das geringste zu
tun hat und in ihr selbst für Verbrecher Platz ist, wenn sie „raube
Kämpfer“ sind. Die politischen Gegner aber läßt er in der wider-
wärtigsten Weise durch bezahlte Elemente beschnüffeln.
Und das will „Deutschland erretten“ und „sittlich erneuern“!

Zitier-Krankheit.

Ein Musterbeispiel unheilbaren Stumpfsinns.

Das Nachpapier des Hugenberg-Konzerns ist
gut genug dazu, ein Geschreibsel zu veröffentlichen, das den prüf-
lichen Landtagsabgeordneten Küffer zum Verfasser hat. Dieser
Küffer bezeichnet sich im Handbuch des Landtags als „Arbeiter-
retter“, fügt aber ausführlich hinzu, daß er sich für den „Dienst in
der Inneren Mission“ habe ausbilden lassen und seit Jahren
in der „christlich-sozialen Arbeit“ tätig sei.

Er ist demnach eine Art Laienprediger der christlichen Lehre
evangelischer Art. Um seine Befähigung dazu nachzuweisen, be-
nutzt er das Nachpapier. Dort läßt er einen Aufsatz gegen die
„Bonzokratie“ vom Stapel. Aber der ist auch danach. Ganz „Evan-
gelischer Männer- und Jünglingsverein“.

Also die Geschichte und Literaturkenntnis dieses deutschnational-
evangelischen Laienpredigers sieht so aus:

„Seit dem Erfurter Parteitag im Jahre 1873
entwickelte sich die Sozialdemokratie auf dem Untergrund der
marxistischen Weltanschauung.“

Nun hat zwar 1875 ein Parteitag der Sozialdemokraten statt-
gefunden, aber das war in Gotha und er diente der Vereini-
gung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Vollhallerer)
mit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands (Ehe-
nauer). Der Marxismus spielte bei dieser Vereinigung noch eine
sehr untergeordnete Rolle. Der evangelische Laienprediger
braucht das natürlich nicht zu wissen. Er behauptet drauflos, und
seine Leser können die Dinge ja nicht nachprüfen. Genau so unwahr-
haftig handelt er mit einem Zitat Bebel's, dem er folgenden Wortlaut
unterschleibt:

„Wir erstreben auf dem Gebiete, das man das Sittliche nennt,
den Atheismus, auf wirtschaftlichem den Kommunismus und auf
nationalen die sozialistische Republik.“

Wenn man den Diakon Küffer fragen wollte, wo er diesen Satz
gesehen, würde er allerdings das Zeugnis verweigern müssen.
Bösartiger ist das folgende Zitat:

„Es war in der Vorkriegszeit unter Genossen ein
gebräuchliches Wort: Wir lügen wie der Teufel und
schwindeln aus Prinzip.“

Hier hat der christliche Laienprediger mit etwas läuten hören,
aber er weiß nicht, in welchem Kirchdorf die Glocken klingen. Tat-
sächlich stammt das Wort: „Sie lügen wie der Teufel und
schwindeln aus Prinzip“ nicht von Sozialdemokraten, sondern aus
der Feder des gut katholischen Fajavaren Sigal, der
in seinem „Päpsterischen Vaterland“ es gegen die Zentrum-
agitatoren anwandte, mit denen er in dauerndem Streit lag.

So unsinnig wie die hier erwähnten Zitate ist noch eine ganze
Reihe der Behauptungen, des christlichen „Arbeiterretters“. Unter
anderem die, daß der sozialdemokratische Einfluß nur erhalten werde
durch die „Bonzokratie“. Er stellt mit gelassener Miene fest,
daß 16200 Gewerkschaftsbonzen den Nachtapparat der

Sozialdemokratie darstellen. Da er selber als „Arbeiterretter“
in seinen Kreisen ja wohl auch als „Bonze“ gelten kann, sollte er
schon aus diesem Grunde mit solchen Behauptungen vorsichtiger sein.
Tatsächlich ist aber die Ziffer von 162000 ganz willkürlich gegriffen
und in keiner Weise auch nur annähernd richtig!

Der evangelische Diakon Küffer mag nun seit seiner Ausbildungs-
zeit manches vom Christentum verlernt haben, aber
das achte Gebot seines Herrn und Meisters dürfte er doch nicht
vergessen, das den klaren Wortlaut hat: „Du sollst nicht falsch
Zeugnis reden.“ Doch sein Artikel über die Bonzokratie ein
einziges falsches Zeugnis ist, wird dem Christen Küffer
vielleicht bei Begehren nicht eingehen. Aber bei dem von ihm er-
warteten künftigen Gericht dürfte es ihm auf seinem Schuldkonto
nicht verborgen bleiben.

Die Fidele.

Die Versteigerung der Fredericus-Fidele
wurde am Donnerstag in letzter Minute zu-
rückgezogen.

Ging's um Schiller oder Goethe.
Das Interesse war gering.
Doch die Fredericus-Fidele,
Ja, das ist ein ander Ding.

Heute ward sie fast versteigert
Durch den Prinzen Leopold.
(Wilhelm hatte sich geweigert,
Als er für ihn zahlen soll.)

Na, es ist ein großer Jammer,
Wachte es denn wirklich sein?
Friedrichs Fidele unterm Hammer —
Und der Himmel stürzt nicht ein!

Könnte Wilhelm nicht verhindern,
Dieses Sakrilegium?
Kernster, ach, mit Weib und Kindern
Plagt er sich genug herum.

Hugenberg begehrte Märker
Nach der seltenen Kostbarkeit.
Er war fünfzigtausend Märker
Anzulegen gern bereit.

Ging's um Schiller oder Goethe,
Fünfzigtausend — wach' ein Hohn!
Doch die Fredericus-Fidele, —
Raus den Beutel — hat ihr schon!

Nachwort.

Gott sei Dank, es wird berichtet:
„Die Versteigerung fiel aus.“
Ich hab' ganz unkonst gedächet,
Hugenberg, geh auch nach Haus.

Jonathan.

Das Agrarprogramm im Reichskabinett

Heute Weiterberatung.

Wie zu der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts noch verlautet, handelt es sich bei den „wesentlichen Punkten“, über die bereits eine Einigung erzielt wurde, vor allem um die Verlängerung der Ermächtigung über die Getreidezölle und um die Verlängerung der gegenwärtigen Regelung des Einfuhrsystems. Außerdem wurde grundsätzliche Einverständnis über die Einführung von variablen Zöllen für Schweine und für Hülsenfrüchte erzielt. Das Kabinett hat auch die Notwendigkeit anerkannt, daß mit Italien Verhandlungen aufgenommen werden müssen über die Neuregelung der Einfuhr von Obst und Gemüse. Offen sind noch die recht strittigen Fragen der Butter und anderer Milchprodukte wie Käse, ferner das Holzproblem. Es ist anzunehmen, daß diese Dinge, die schon fast in die Frage der Veredelungswirtschaft hineinspielen, in der heutigen Kabinettsitzung in Angriff genommen werden, man glaubt jedoch nicht, daß die Beratungen über das weitverzweigte Agrarprogramm heute bereits abgeschlossen werden können.

Neues Urteil in Raumburg.

Eines der empörendsten Nazi-Urteile aufgehoben.

Raumburg, 19. Februar.

Die hiesige große Strafkammer, die Berufungsinstanz der Schöffengerichte Weihenfelds und Raumburg, wird sich in nächster Zeit mit einer ganzen Reihe der Prozesse beschäftigen müssen, die unter dem Stichwort Raumburger Justizskandal durch die gesamte deutsche Presse gegangen sind und schließlich auch zu einer großen Antrage der Sozialdemokraten im Preussischen Landtag geführt haben. Die erste dieser durch die Staatsanwaltschaft veranlaßten Berufungsverhandlungen fand gestern statt. Am 17. und 18. Mai des Vorjahres war in Zeit Gautag der mitteldeutschen Nazis. Singend und großtunend zogen in der ganzen Nacht uniformierte SA-Horden durch die Stadt. Einer dieser Trupps verwechselte einen gerade aus seiner Stammtispe heraustretenden Regelfuß mit Kommunisten, und ohne jeden Anlaß fiel man mit Totschlägern, Schlagringen und ähnlichen Werkzeugen über die Ahnungslosen her. Mehrere von ihnen, die meisten waren ehrsame Bäcker- und Fleischermeister, wurden Frankenhauserfestig gemacht.

Dem Heberfallkommando der Polizei gelang es, einige der berühmtesten Nazischläger am Tatort zu fassen. Da die Staatsanwaltschaft aus rechtlichen Gründen (das Moment der Zusammenrottung fehlte), den Tatbestand des Landfriedensbruchs nicht für gegeben erachtete, mußte man sie alle wieder laufen lassen. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei führten jedoch schließlich zu einem Verfahren wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung gegen drei Gebrüder Schwarz und ihren Kumpan Beckmann — alle vier verurteilte Nazischläger. Das große Schöffengericht in Weihenfelds glaubte dem geradezu kindisch-plumpen Mißbeweis und sprach alle vier frei. Das besondere Erkennungsmerkmal Beckmanns, seine weizenblonden Haare, erlebte die Urteilsbegründung mit dem Hinweis, es gäbe viele solche Nazis. Soweit dies Urteil Beckmann betraf, legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein und — es gibt noch Richter in Raumburg — die große Strafkammer hob das Urteil des Schöffengerichts auf und erkannte auf sechs Monate Gefängnis. Da der Angeklagte wegen ähnlicher Sachen schon vorbestraft sei und der Ueberfall von beispielloser Rohheit und Frechheit zeuge, sei Mißde nicht von Platz.

Damit ist das erste der Raumburger Hakenkreuz-Urteile gefallen! Nun darf man vor allem auf die Prozesse des Verleumders a. Ribbentrop und des Gattiessträfers Giesler vor derselben Strafkammer gespannt sein.

Das Geheimnis des Hanswurfs.

Der nationalsozialistische Zeileis und seine Patentmedizin.

Herr Josef Goebbels hatte gestern die Nationalsozialisten in den Sportpalast gerufen, damit sie von ihm erleuchtet würden, wie es sein wird: „Wenn wir regieren“. Er sagte wörtlich:

„Kritik über heißt nicht behaupten, daß man es besser kann. Kritik über heißt beweisen, daß es schlecht gemacht wird. Wie wir Nationalsozialisten es machen werden, wenn wir an die Macht kommen, können wir heute noch nicht sagen. Aber das eine können wir feststellen, daß es heute schlecht gemacht wird. Außerdem würden wir uns auch nicht darauf einlassen, Einzelheiten preiszugeben.“

Herr Goebbels macht in Politik, wie Herr Zeileis in Gallsbach in Medizin. Wie er Politik machen will, wenn „wir regieren“ — das ist das große Staatsgeheimnis des Dritten Reiches.

Das große Geheimnis haben sie nun glücklich auch. Den Namen dafür brauchen sie nicht zu erfinden, es ist — das Geheimnis des Hanswurfs.

Gegen Inflation!

Eine Entscheidung der australischen Arbeiterpartei.

Sidney, 19. Februar. (Eigenbericht.)

Der Parteiaussschuß der australischen Arbeiterpartei verwarf mit 41 gegen 5 Stimmen die Inflationspläne des radikalen Flügels, der durch Druck von Papiergeld die Summen für Notstandsdarlehen zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Behebung der Wirtschaft finanzieren und zugleich den wirtschaftlichen Ausnahmezustand erklären wollte. Dies wäre gleichbedeutend mit der Verstaatlichung der Banken gewesen.

Das Programm des Finanzministers Theodore wurde mit 26 gegen 18 Stimmen gutgeheißen, und zwar mit dem Zusatz, daß, wenn das Regierungsprogramm wiederum von den Banken zurückgewiesen werde, die Staatskontrolle über sie verhängt werden müsse.

Die beiden vor einigen Wochen aus dem Kabinett ausgeschiedenen Minister Lyons und Fenton erklärten, im Parlament gegen die Regierung zu stimmen, solange Theodore Finanzminister sei.

Pöllischer Mord in Agrar. Der kroatische Gelehrte Dr. Milan Sulljan wurde in Agrar auf offener Straße aus politischen Gründen ermordet. Ein bisher noch unbekannter Mann verfehlte dem seit einiger Zeit pensionierten Universitätsprofessor mit einer Eisenkette einen Schlag über den Kopf. Der Gelehrte brach zusammen und starb auf der Stelle. Seine Schädeldecke war vollständig zertrümmert.

Die im Warschauer Lodzplazprozess verurteilten Sozialisten haben Berufung eingelegt und sind gegen Kaution aus dem Gefängnis entlassen worden. — Der feinerzeit wegen eines Bombenanschlags auf die polnische Botschaft in Lemberg zum Tode verurteilte Ukrainer Bida ist vom Staatspräsidenten zu 15 Jahren schweren Kerkers begnadigt worden.

Stahlhelm.



„Was bläst du, Kamerad — geht es los gegen Frankreich?“
„Frankreich? — Duatsch! Gegen Preußen natürlich!“

Preußen — der ruhende Pol!

Severing sagt: Die politische Lage gibt keinen Anlaß zu Besorgnissen.

Am Donnerstag fand im Preussischen Ministerium des Innern eine Konferenz der Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten Preußens statt, an der auch Vertreter der anderen preussischen Ministerien teilnahmen. Der preussische Minister des Innern, Severing, eröffnete die Konferenz mit einer Betrachtung über die politische Lage.

Der Minister führte u. a. aus, daß ihm die Konferenz geboten erscheine, weil nach seiner Ansicht die politische Lage in Preußen und Deutschland keinen Anlaß zu Besorgnissen gebe. Diese Erkenntnis zu verbreiten auch außerhalb des Behördenapparates, sei eine Aufgabe, die heute vor allem auch den politisch verantwortlichen Behördenleitern in der Provinz zufalle. Selbstverständlich ständen im Augenblick die politischen Vorgänge im Vordergrund des Interesses. So werde für die nächsten Monate die Öffentlichkeit und auch der preussische Behördenapparat mit dem Volksbegehren des Stahlhelms beschäftigt sein. Er halte es im Hinblick darauf für geboten, von den früher geplanten Gesetzesvorlagen über Reformen auf dem Gebiete der Verwaltung, so auch von einer Vorlage zur regionalen Verwaltungsreform Abstand zu nehmen. Eine Diskussion über solche Gesetzeswürde würde jetzt nur eine Erhöhung der politischen Erregung bewirken, ohne zum Ziele einer Neuregelung zu führen.

Die Rechte des Volksbegehrens und des Volksentscheides — so führte der Minister weiter aus — achte er durchaus hoch, aber es sei ein Mißbrauch dieser Rechte.

wenn ein Wehverband wie der Stahlhelm, der satzungsgemäß keinerlei Beziehung zur Politik habe, im letzten Jahr der Legislaturperiode des Landtages durch eine große Aktion von Volksbegehren und Volksentscheid eine frühere Wahl herbeiführen wolle, ungeachtet der Tatsache, daß sie selbst im Falle des Erfolges nur unwesentlich beschleunigt werden könne. Dies schiene ihm Klamauk, d. h. Lärm um des Lärmens willen zu sein. Schon deshalb sei ganz abgesehen von den bindenden Vorschriften, der von dem Stahlhelm geforderte Nachweis der 20 000 Unterschriften nötig gewesen, weil ja sonst jedem Sport- oder anderen Verbands geradezu die Tür zur Einleitung eines unedigen Volksbegehrens aus verbandspolitischen Gründen geöffnet würde. Die Unterschriften, die der Stahlhelm eingebracht habe, würden nun nachgeprüft; entsprächen sie den gesetzlichen Anforderungen, so würde er die Zulassung des Volksbegehrens dem Staatsministerium beantragen.

Aber gerade darüber könne kein Zweifel sein, daß die gesetzlichen Fristen, die das Gesetz über Volksbegehren und Volksentscheid vorsehe, einzuhalten seien; es liege kein Anlaß vor, sie abzukürzen.

Das Volksbegehren und der entl. Volksentscheid des Stahlhelms verursachten Staat und Gemeinden selbst bei geringer Schätzung allein Kosten von 1 1/2 Millionen Mark in einer Zeit, da Sparfahigkeit aller öffentlichen Stellen zur äußersten Pflicht gemacht und Erwerbslosen ihre Unterhaltungsätze gekürzt würden.

Im weiteren Verlauf seiner Rede befaßte sich Minister Severing dann mit den politischen Vorgängen der letzten Wochen, die durch eine gewisse, wenn auch grundlose, Beunruhigung der Öffentlichkeit, hervorgerufen durch den Auszug der Nationalsozialisten und Deutschnationalen aus dem Reichstag, gekennzeichnet würden. Er habe den Eindruck, daß die Unruhe nur durch die Psychose verursacht würde, die gewisse Kreise des deutschen Volkes seit dem 14. September 1930 nicht verlassen habe. Er habe diesen Auszug oder gar den Gedanken eines Sonderparlamentes in Weimar von Anfang an als einen verfrähten Faschismus und schäblichen Nummernschanz betrachtet. Er vermöge auch in dem nationalsozialistischen Vorgehen kein System zu entdecken, eher erblicke er darin den Ausfluß einer politischen Katastrophe.

Die ausgedrohte Versammlungswelle der Nationalsozialisten — so fuhr der Minister fort — kann uns nur ein Lächeln abnötigen. Die preussischen Behörden, das Preussische Ministerium des Innern sehen die gesamte Situation weder als präfer noch als irgendwie besorglich an.

Die preussische Verwaltung in allen ihren Sparten muß gerade in den nächsten Monaten der ruhende Pol in der Erscheinungen Frucht sein. Wir werden uns durch nichts von unseren durch Verfassung und Gesetz vorgezeichneten Pflichten abdrängen lassen. Der Renouveau gewisser Volksteile müssen wir ruhige und kühle Energie entgegensetzen. Drohungen, wie sie in nationalsozialistischen Zeitungen, in nationalsozialistischen Versammlungen von Rednern ausgesprochen werden, können uns nicht schrecken oder gar nervös machen. Aber wir wollen keine Unklarheit darüber bestehen

lassen, daß wir gegen jede Verletzung bestehender Gesetze mit den uns zu Gebote stehenden Mitteln vorgehen werden. Das müssen wir schon deshalb tun, um gegenüber den hohlen Phrasen der Nationalsozialisten, die mit Redensarten vom „kommenden Bürgerkrieg“, von „Vollstreckung der Volkswache“ usw. Eindruck zu machen und Ängstliche zu schrecken suchen, den Beweis zu liefern, daß die Staatsmacht dieser hegerischen Oppositen unendlich überlegen ist.

Das Geprache von der festen militärischen Organisation der nationalsozialistischen Sturmabteilungen (SA) und Schutzstaffeln (SS) ist lächerlich. Es hat sich gezeigt, daß in Berlin noch nicht einmal 1500 Menschen in der SA organisiert sind.

Wir müssen die Hypnose von dem unaufhaltsamen Vordringen, von der bevorstehenden Machtausübung der Nationalsozialisten brechen. Gegenüber den Rauhheiden muß sich immer zeigen, daß sie der festen staatlichen Macht nichts anhaben können. Deshalb sollen die Behörden und Organe des Staates draußen in vollem Umfange von den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch machen überall dort, wo Drohungen gegen Beamte, Beschimpfungen und Herabsetzungen des republikanischen Staates sich zeigen. Ich will keine Anechtung der Geistesfreiheit; gäbe es eine Propaganda nationalsozialistischen Geistes, dann wäre ich der letzte, der politische Mittel empfehlen würde. Aber von Geist und Idee kann ja bei der nationalsozialistischen Propaganda keine Rede sein. Wir wollen nichts weiter als die Beamten und die Behörden vor schimpflichen Beleidigungen schützen, wollen den nicht nationalsozialistisch infligierten Volksmassen beweisen, daß der Staat vor Zeitungartikeln und noch so geschwollenen Versammlungsreden sich nicht zu fürchten hat. Die stehende Agitationspropaganda der Nationalsozialisten ist: Wir greifen an! Ich habe den Eindruck, daß heute bei ihnen von Angriff nicht mehr, höchstens von Abwehr die Rede sein kann. Es gilt jetzt, sie weiter zurückzudrängen.

Wir wollen und werden uns durch nichts abhalten lassen, das zu tun, was nötig ist. Die Nationalsozialisten sollen wissen, daß die Polizei sie beobachtet, ihnen auf den Fersen sitzt, dann wird auch der politische Grippebazillus des Nationalsozialismus bald aus dem deutschen Volke schwinden.

Es kommt jetzt darauf an, der Weltöffentlichkeit zu beweisen, daß von einer Rutschgefahr in Deutschland keine Rede sein kann. Das Ausland muß das Vertrauen zu Deutschlands unerschütterlicher staatlicher Ordnung, zu Deutschlands Arbeitswilligkeit und Kreditfähigkeit bekommen; das kann nicht durch Phrasen erreicht werden.“

Versammlungsverbot aufgehoben.

Loderung in Breslau. — Verbot für NSDAP. bleibt bestehen.

Breslau, 19. Februar.

Der Polizeipräsident hat das am 6. Dezember 1930 erlassene Verbot aller Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel mit Wirkung vom 20. Februar 1931 aufgehoben. Begründet wird diese Aufhebung damit, daß seit Gelasse des Versammlungsverbots eine wesentliche Beruhigung eingetreten ist und somit eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht mehr besteht. Der Polizeipräsident macht jedoch darauf aufmerksam, daß für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei nach wie vor in Breslau ein Ortsgruppenverbot besteht, das jede vereinsmäßige Betätigung ausschließt. Umzüge dieser Art von dieser Partei oder der ihr angeschlossenen Organisationen dürfen daher auch weiterhin nicht stattfinden.

Die Untersuchung gegen die SA.

Ermittlungen außerhalb Berlins

Untersuchungsrichter Dr. Beckmann, der sich im Berliner Polizeipräsidium über das bei der Hausdurchsuchung in den Geschäftsräumen der Berliner SA gefundene Material in den letzten Tagen informiert hatte, hat gestern Berlin verlassen, um seine Ermittlungen in den Orten aufzunehmen, wo die wegen der Bluttat in der Hufelandstraße gesuchten Nationalsozialisten Becker und Hauschke vor ihrer Flucht nach Oesterreich Unterkunft gefunden haben sollen. Voraussichtlich wird dabei auch die Vernehmung des noch immer an Grippe erkrankten Sturmtruppführers Borath in Neu-Brandenburg stattfinden, da ein Transport des der Verhaftung Verdächtigen wegen seines Zustandes nicht in Frage kommt.

Kein Massenabbau!

Stadtparlament gegen Magistratsbeschuß — Beratungen im Ausschuß

In der gestrigen Sitzung des Stadtparlaments konzentrierte sich das Hauptinteresse auf die Beratung der sozialdemokratischen Dringlichkeitsanträge, die vom Magistrat eine Zurücknahme der bereits auf Grund des neuen Sparbeschlusses ausgesprochenen Kündigungen verlangen. Es kann festgestellt werden, daß die große Mehrheit der Versammlung bereit war, sich hinter die Forderungen der Sozialdemokraten zu stellen. Beschlossen wurde die Überweisung der Angelegenheit an den Haushalts-Ausschuß, der sich am Dienstag mit dem verfehlten Magistratsbeschuß beschäftigen wird. Am nächsten Donnerstag wird dann die endgültige Entscheidung im Plenum fallen. Fest steht schon heute, daß die Stadtverordneten sich mit der Maßnahme des Magistrats nicht einverstanden erklären werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst die Dringlichkeitsanträge wegen des vom Magistrat beabsichtigten

Abbaues von Angestellten

erledigt. Den Wortlaut der sozialdemokratischen Anträge hat der „Vorwärts“ bereits veröffentlicht.

Deutschnationale, Nationalsozialisten, Demokraten und Kommunisten hatten ähnliche Anträge eingebracht. Die Dringlichkeit aller Anträge wurde anerkannt und sie dem Haushalts-Ausschuß überwiesen. Bis zur Erledigung im Ausschuß und im Plenum soll der Magistrat von jeder Kündigung und von jedem Abbau Abstand nehmen —, so wurde in einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen, dem sich lediglich die Kommunisten nicht anschließen wollten, gefordert. Dieser letzte Antrag fand gestern sofortige einstimmige Annahme. Der Haushalts-Ausschuß wird so zeitig zusammentreten, daß die Urtrträge bereits am kommenden Donnerstag im Plenum verhandelt werden können. Dem Haushalts-Ausschuß überwießen wurde auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der die

Kündigung der Bauarbeiterbeschäftigten

zum Gegenstand hat. Auch in dieser Angelegenheit wurde gefordert, daß die Kündigungen zurückgezogen und neue Kündigungen nicht ausgesprochen werden.

Gegen die von der Berliner Verkehrs-Gesellschaft für die nächste Zeit angeordnete Verkürzung der Arbeitszeit des technischen Personals auf 45 Stunden, um Entlassungen zu vermeiden, protestierten die Kommunisten. Sie forderten die Verkürzung auf 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Der Dringlichkeitsantrag wurde ebenso widersprochen, wie einem Protestantrag der gleichen Fraktion gegen den Fridericus-Film.

Kommunistisches Korruptionsgeschrei!

Bei der Behandlung der Tagesordnung kam auch eine kommunistische Anfrage wegen angeblicher Korruptionsgeschäfte bei der Berliner städtischen Anschaffungsgesellschaft. Der sozialdemokratische Direktor sollte Korruptionen zu viel zu hohen Preisen gekauft haben und schließlich waren sie noch schlecht. Selbstverständlich habe der Magistrat diese Zuschüsse gedeckt. Stadtrat Wuhlf (Soz.) sagte den kommunistischen Korruptionsbeschuldigungen sehr wirkungsvoll Bescheid. Sie seien mit ihrer Rederei zwei Jahre zu spät gekommen. Aber das sei verständlich, denn damals wären kommunistische Stadträte die Begehrtesten der Gesellschaft gewesen und da war die kommunistische Fraktion sehr still. (Sehr richtig! bei den Soz.) Zur Sache erklärte Wuhlf: Die „Ostmärkische Obst- und Gemüseverwertungsgesellschaft“ hatte zu Trägern öffentlich-rechtliche Körperschaften, darunter auch die Stadt Berlin. Die Stadt nahm den in der Gesellschaft vereinigten Kleinbauern Obst und Gemüse für die städti-

ischen Anstalten ab. Als die Gesellschaft vor mehr als zwei Jahren in Schwierigkeiten geriet, nahm die Stadt ihr Konserven im Werte von 600 000 M. für 300 000 M. ab. Der ausgehandelte Preis sei über jeden Zweifel erhaben. Es sei nicht wahr, daß die Konserven schlecht waren; noch nicht zweihundert Prozent seien unbrauchbar gewesen, während ein Prozentsatz von zwei Prozent handelsüblich sei. Es ist daher unverständlich, schloß Wuhlf, wie man hier von Korruptionsercheinungen sprechen konnte. Bedinglich der Umstand, daß der Direktor des Anschaffungsamtes ein Sozialdemokrat ist, gab den Kommunisten Anlaß zu der Heße. (Sehr richtig! bei den Soz.) Damit war die Anfrage erledigt.

Am 19. Uhr wurden die Bestimmungen über die in der letzten Sitzung behandelten Anträge angenommen. Abgelehnt gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Kommunisten und der Antrosteller wurden die Anträge der Nationalsozialisten betreffend die Mißtrauenserklärung gegen den Magistrat und die Selbstauflösung der Stadtratsordnungsversammlung. Abgelehnt wurde auch gegen Kommunisten und Nazis der Protestantrag der Nazis gegen die von der Regierung geplante Reform der Krankenterversicherung. Der deutschnationale Stadtratsordnete Steiniger stimmte als einziger seiner Fraktion gegen den Aufschubsantrag.

Die Vorlage wegen des Gebäudenutzungsvertrages der Michaelis-Dobbertschule und des Leibniz-Gymnasiums wurde angenommen.

Gegen die Einführung eines neunten Schuljahres

für die Jugend wandten sich die Kommunisten in einem Antrag. In sich ist der Antrag durch eine Erklärung des preussischen Ministers für Kunst, Wissenschaft und Volksbildung hinfällig ge-

Parteigenossen! Auf in den Lustgarten!

Am Sonntag marschieren das Reichsbanner in geschlossenen Kolonnen im ganzen Reich auf. Es gilt, für den demokratischen Volksstaat zu werben. Der wohldisziplinierte Aufmarsch des Reichsbanners soll den Faschisten bedeuten, daß eine republikanische Kampftruppe besteht, die gewillt ist, allen faschistischen Angriffen auf die Republik Widerstand entgegenzusetzen.

Alle Parteigenossen werden gebeten, sich an der Veranstaltung im Lustgarten um 15 Uhr zu beteiligen. Die Genossen nehmen den Weg zum Lustgarten über die Kaiser-Friedrich-Brücke. Zwischen Dom und Nationalgalerie ist der Zugang zum Lustgarten für alle nichtuniformierten Personen frei. Der weite Platz vor dem Schloß im Lustgarten ist nur für die Reichsbannerformationen bestimmt.

Wir fordern alle Parteimitglieder auf, am Sonntag die Parteiabzeichen anzulegen. Auf dem Wege zum Lustgarten und im Lustgarten selbst bitten wir, größte Ruhe und Disziplin zu halten und sich nicht von Störenfriedern provozieren zu lassen. Der Bezirksvorstand.

worden. Minister Grimme betonte seinerzeit, daß für die Durchführung dieser Maßnahmen keine Mittel vorhanden seien. Stadtschubring (Komm.) forderte bei Durchführung des neunten Schuljahres die wirtschaftliche Sicherstellung der Jugendlichen. Stadtschulrat Nydahl (Soz.): Der grundsätzliche Plan auf Erweiterung der Schulzeit ist von allen Lehrpersonen und auch von der Bevölkerung gutgeheißen worden, insbesondere deshalb, weil es jetzt und auch in der nächsten Zeit fast unmöglich sein wird, schulentlassene Jugendliche im Erwerbleben unterzubringen. Im übrigen hätten die Kommunisten selbst früher die Einführung des neunten Schuljahres gefordert. (Hört, hört! bei den Soz.) Stadtschubring (Soz.) betonte, daß die Einführung des neunten Schuljahres nach dem Willen der preussischen Regierung lediglich eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme sein sollte. So ist unbestreitbar, daß die Verlängerung der Schulzeit unzweifelhaft eine Entlastung des Arbeitsmarktes bringen würde. Die Schwierigkeiten, die der Einführung entgegenstehen, sind hauptsächlich finanzieller Natur. Unbestreitbar sei die gegenwärtige Zeit sehr günstig für die Verlängerung der Schulzeit. Dabei kann man die Frage offen lassen, ob man das neunte Schuljahr an die Volksschule oder an die Berufsschule angliedern wolle. Selbstverständlich müsse man eine entsprechende Verkürzung der Lehrzeit fordern. Der kommunistische Redner habe sich lediglich die Argumentation der Arbeitgeber zu eigen gemacht. Burgemeister überreichte dann die Ausführungen des früheren kommunistischen Stadtschubring, der für die Einführung des neunten Schuljahres nicht so weitgehende Bedingungen stellte, wie jetzt Stadtschubring. Die Forderungen nach finanzieller Unterstützung der Eltern sei eine alte fortgewerkeltische Forderung. Der Antrag wurde abgelehnt. Schluß der Sitzung gegen 22 Uhr.

Familiendramödie in Charlottenburg.

Vater erschießt die taubstumme Tochter und sich selbst.

In seiner Wohnung Reichstraße 32 in Charlottenburg verlor der 51jährige Bäckermeister Hermann Scharlau gestern nachmittags seine 22jährige taubstumme Tochter Gertrud zu erschließen. Dann richtete Scharlau die Waffe gegen sich selbst und löste sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe.

Scharlau hat im Hause Reichstraße 32 seit mehreren Jahren eine Bäckerei und Konditorei. Im ersten Stockwerk über dem Laden befindet sich die Wohnung. Frau Sch. verließ gegen 17 Uhr allein im Geschäft, ihr Mann hatte sich kurz zuvor in die Wohnung hinausbegeben. Mithilfe hätte die Frau in der Wohnung mehrere Schüsse fallen. Als sie, nichts Gutes ahnend, sofort nach oben eilte, fand sie ihren Mann und ihre Tochter mit schweren Schußverletzungen an den Schläfen auf. Scharlau war bereits tot, das junge Mädchen gab noch schwache Lebenszeichen von sich. Der hinzugerufene Arzt sorgte für die Ueberführung der Schwerverletzten ins Hildegardekrankenhaus; es besteht jedoch kaum Hoffnung, das Mädchen zu retten. Nach dem Befund scheint es, daß der Vater mit seinem taubstummen Kinde im Einverständnis gehandelt hat. Als Grund wird wirtschaftliche Not angegeben. Der Unfall des Geschäftes soll in letzter Zeit sehr zurückgegangen sein.

Neues Lawineneunglück in Oberbayern.

An der Nordseite des bei Deggendorf liegenden Hirschenberges verschüttete heute eine Lawine zwei Skifahrer. Es soll sich um zwei aus Wurnau Stammende namens Andree und Weberer handeln. Sanitätskolonnen aus Wurnau und anderen Orten sowie Rettungsmannschaften aus München sind an die Unfallstelle geeilt.

Massenbesuch bei der „Gehag“-Ausstellung.

Wie uns die „Gehag“ mitteilt, hat die Wohnungs-Ausstellung im Architektenthaus, Wilhelmstr. 92/93, erfreulicherweise Massenbesuch aufzuweisen. In der ersten Woche vom 11. bis 18. Februar haben 16 515 Besucher die aufschlußreiche Ausstellung bereits besucht. Ueber 4000 Besucher haben bereits Anträge zur Ueberlassung einer Wohnung gestellt.



Das war vorbei, gottlob. Vorbei dank jenes Augenblicks, da sich aus ihrer Verzweiflung und aus dem Mut ihrer Verzweiflung jenes Insekt gebor: „Berufstätiges, älteres Mädchen, etwas verwachsen, mit reichem Innenleben, sucht Lebensgefährten. Einige Ersparnisse vorhanden.“

Ah, wie viele waren gekommen! Oft erzählte sie Luise von den zahlreichen Männern, die nach Ersparnissen suchten, die andere gemacht hatten. Aber es waren auch einige darunter gewesen, die waren anders, oder sie wurden doch anders, wenn sie ihr eine Weile gegenüber gesessen hatten. Die wurden gerührt von einer zarten, schimmernden Kostbarkeit, die über ihr lag, und die eigentlich nur der periferale Schein der Ausgewerktheit, der Ausgeblichenheit war, wie das Stubenleben sie gab. Die waren vielleicht selbst leise Menschen, und es waren ihnen die Geraden und die Gefunden zu wild und zu laut, und die budige Näherin gerade still genug. Einen von diesen hätte Anna vielleicht genommen — wenn zuletzt nicht Paul gekommen wäre.

Oh, sie mußte alles, sie war nicht dumm! Sie hatte gleich heraus, daß er ihre Ersparnisse brauchte, um sich auf dem Land, das Schmücker ihm geschenkt hatte, ein Haus zu bauen, eine Existenz zu schaffen; er hatte das auch gleich im Anfang zugegeben. Auch seine Brutalität und seine Selbstliebe hatte sie bald heraus, gewiß; aber auch noch etwas anderes: daß er ein Mann war, begabt mit allen primitiven Mannestugenden.

Vielleicht war es unsinnig und lächerlich, daß sie, daß sich ein krankes, buckliges Wesen auf so etwas sah. Vielleicht, gewiß wäre ihr einer der zarten, guten, gerührten Männer ein viel besserer Gefährte gewesen, und sie hätte diesen Männern unrecht getan. Aber da waren nun die viertausend Tage aus zwölf Jahren, die an ihrem Fenster vorbeigegangen waren und nicht heringekommen, die viertausend Tage mit ihrem Värmen und ihrem Leben und ihrem Vieben; da war die Sehnsucht, die sich gebildet hatte als ein Extrakt der viertausend einsamen Nächte, die diesen Tagen gefolgt waren, als ein scharfer, derber

Extrakt, als ein Gemeng aus gestauter Sinnlichkeit und gehemmter Lebenslust. Und da war nun, all demgegenüber, ein Mann, der, am Ende des ersten, tastenden Gesprächs, plötzlich aufsprang, einen um die Hüfte griff, daß die Knochen leise knackten, einem den Kopf zurückbog und die niegeküßten, verstaubten Lippen blutig riß mit seinen Zähnen — da war nun Paul Maschke, ein Mann, dessen Tierheit sie verfallen war mit aller Zartheit ihres verwichenen Menschentums...

Er ist nicht immer so, natürlich, ist oft kalt, mürrisch, gleichgültig; aber ihr Fleisch ist bescheiden geworden nach der ersten, rasenden Sättigung; und wenn nun, in die Küche der mit erstaunten Augen zuhörenden Luise Korn hinein, die Hupe des Motorrades kreischt, das Paul sich gekauft hat — dann springt sie auf, als riefte draußen das Leben selbst, dann läuft sie so schnell auf ihren dünnen Beinen über den Schnee, daß man glaubt, sie müsse zusammenbrechen unter ihrem Buckel... und Luise bleibt nichts, als ihr kopfschüttelnd nachzusehen, mit ein wenig Nührung und mit viel Neid.

Es sind kaum zwei Wochen, zwei blau hinwehende Frühlingsschnecken, daß Andreas wieder aus Berlin zurück ist; da hat er Glück und entdeckt beim Holzsameln ein Habichtsnest in der Krone einer Kiefer. Es ist ein kleines Glück; aber man ist bescheiden geworden. Wie hat die gefährdete, große Stadt einen verwöhnt mit reichlichem Lohn und warmer Wohnung und guter Speise, was ist die gefährdete, große Stadt gegen dies Stubbenland, was ein Steinhäufen gegen eine Sandwüste! Wieder ist der Winterroggen mürbe; bei Papendiek steht er etwas besser, aber was hat der auch gebüht, nicht in zehn Jahren ist das herauszuholen, was hineingesteckt ist.

Das sind so trübe Gedanken, die einem kommen, wenn man Habichtseltern beobachtet und auf ihr Fortfliegen wartet. Endlich ist es so weit; sie fliegen der Siedlung zu — natürlich; sind ja die einzigen, die von ihr leben. Und Andreas erklettert die Kiefer; er ist alt, und es ist schwer; aber Mut gibt Kraft.

Er nimmt die beiden Jungen aus dem Nest; sie haben noch ganz weiße Schnäbel und wollen ihn vergeblich beißen, und sie sehen erbarmungswürdig höflich aus; vielleicht ist es so, daß den Wesen, die zur Größe bestimmt sind, die Kindheit nicht steht, und den Wesen, die fliegen werden, nicht das Im-nest-liegen. Er fachte die Tiere größer an, als nötig wäre. Das tut er aus Mut, aus Rache — so albern macht dieser Kampf mit der Wildnis.

Der lächerliche Ingrimms bleibt ihm auch zwischen den knirschenden Zähnen sitzen wie Sand, als er zu Haus ist und einen Pfahl aufstellt auf seinem Felde mit dem Fangeisen

darauf; als er dann die beiden Vögel festbindet unter dem Pfahl. Denn so soll man es machen, um alle Habichte zu fangen: die Habichtsjungen festbinden und hungern lassen, bis sie schreien; dann kommen die Eltern, in der Dämmerung, der Frühe oder des Abends, und wollen ihre Kinder retten; und dann klappt das Fangeisen zu. Das ist nicht sehr menschlich; aber Andreas führt Krieg; führt mit einer Wildnis Krieg.

Voreerst schweigen die kleinen Biester. Gut: man kann warten; man legt sich schlafen und lauscht manchmal nach draußen, denn man möchte diesen tagelangen, raubtierartigen Habichtschrei doch auch einmal als Gewinn hören, als hilflos sammernes Gewinsel eines Wesens, das in einer Falle sitzt wie man selbst. Aber vielleicht ist der Wind zu laut oder der Habicht zu leise; man schläft ein über dem Lauschen.

Am Morgen, als man hinaustritt und man sich blüht, sieht man Papendiek, der düngt schon wieder; sieht auch Maschken, der rodet noch; sieht, nanu! am andern Ende des Landes, dem See zu, fremde Arbeiter an irgendeinem Werke: ein neuer Siedler?

Aber die alten Habichte sieht man nicht, das Fangeisen ist leer; und die Jungen hört man nicht. Sie schweigen noch immer. Aber die Sonne wird heiß werden und durstig machen; dann wird man doch sehen. Und man geht an die Arbeit.

Es ist ein Jammer, daß man auf diesem Boden nur Dreifelderwirtschaft treiben kann. Die Fläche, die Getreide und Kartoffeln tragen darf, ist heuer so klein; das meiste geht für Lupine drauf. Papendieks Geld mußte man haben und Maschkes Jugend und die Luise behalten; dann könnte man noch was werden; aber so? Höchstens als Arbeiter; in Berlin; nachdem man einen Traum begraben hat.

Es wird Mittag, wird Abend, zweimal ist man durstig geworden, zweimal hungrig, zweimal hat Luise gerufen — die Habichte haben geschwiegen. Es ist natürlich ein Unsinn, anzunehmen, daß sie wissen, warum sie schweigen; daß sie etwa ihre Eltern in den Tod locken wollen oder so. Aber ein Kampf ist dies trotzdem, und es kommt Andreas sehr darauf an, zu siegen; er weiß selbst nicht, weshalb. Vielleicht ist dieser Kampf eine Art Gottesurteil, oder Andreas betrachtet ihn doch so.

Als am nächsten Mittag noch nichts sichtbar, nichts hörbar wird, geht er hinüber zum Pfahl. Die beiden Vögel liegen auf der Seite, über ihnen summen fliegen, sitzen in vier kleinen blauen Schwärmen um die weit aufgesperrten, großen Räuberäugen, die starr sind. Die Schnäbel kloffen. Die beiden Habichtsjungen sind lautlos verhungert. (Fortf. folgt.)

Reichsbanner marschbereit!

Alle Republikaner am Sonntag in den Lustgarten!

Der Gauvorsitzende des Gau Berlin-Brandenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold schreibt dem „Vorwärts“:

Nach bewährtem Muster versuchen die Nationalsozialisten den Reichsbanner-Appell im Lustgarten am kommenden Sonntag zu verhindern, indem Herr Goebbels im „Angriff“ zu „Massenversammlungen“ zu gleicher Zeit wie das Reichsbanner dort aufruft, wahrscheinlich, um über die Verwendung seiner schon bezogenen Plakate die staunende Menge zu unterrichten. Den durchsichtigen Zweck dieser Aktion, ein polizeiliches Verbot des Appells zu erzielen, werden die Nationalsozialisten nicht erreichen. Die ordnungsgemäß angemeldete Demonstration wird durch derartige Quertreibereien nicht verhindert werden und die Polizei wird Republikaner im republikanischen Staat unter allen Umständen zu schützen wissen. Das republikanische Berlin wird im übrigen durch sein Erscheinen im Lustgarten nicht nur sein Interesse am Reichsbanner erneut beweisen, sondern darüber hinaus durch seine Anwesenheit allein alle geplanten Störungsversuche von vornherein illusorisch machen. Ganz unabhängig davon weiß der Gauvorsitzende des Reichsbanners nachdrücklich darauf hin, daß die Schutzorganisation der Republik stark und schlagkräftig genug ist, jeden Störungsversuch staatsfeindlicher Elemente selbstständig abzuwehren, und warnen die Drahtzieher der geplanten Gegenkundgebungen in letzter Stunde nochmals vor der Verantwortung, die sie durch ihre unverantwortliche Politik auf sich nehmen.

Antifa gegen Polizei.

14 Kommunisten unter Anklage des Aufruhrs.

14 junge Kommunisten hatten sich am Donnerstag vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen Aufruhrs und wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen staatsfeindlichen Organisation zu verantworten.

Es war am 25. August v. J., als ein Demonstrationszug von etwa 700 SPD-Leuten die Bughagener Straße entlangging und in die Rainzer Straße einbog. Am kommunistischen Verkehrskolossal Rainzer Straße 17 standen angriffslustig 65 Mitglieder der KPD, die den SPD-Zug zunächst mit dem üblichen Rot-Front begrüßten. Bald jedoch wurde die Situation gefährlich. Um Zwischenfälle zu vermeiden, drängten drei Schuppsbeamte die KPD-Leute in ihre Verkehrskolossal hinein und hielten die Tür zu, bis der Zug vorbei war, dann eilten sie ihm nach. Was machten nun die KPD-Leute? Sie stürzten aus ihrem Lokal, rissen das Mosaikeplaster auf, bewarfen die Beamten mit Steinen und verletzten sie. Da die Menge unterdessen auf etwa 350 bis 400 Mann angewachsen war und die Loge der Beamten immer bedrohlicher wurde, gaben sie Schreckschüsse ab, worauf die Menge lächelte.

Die Nachforschungen der Polizei ergaben, daß die Rädelsführer beim Wiederfall auf die Polizeibeamten unter den Stammgästen des Lokals Rainzer Straße 17 befinden müssen. Tatsächlich gestand einer dieser Stammgäste namens Beuller, seine Genossen zum Vorstößen gegen die Polizeibeamten aufgefordert und selbst mit Steinen geworfen zu haben. Er nannte auch eine Anzahl seiner Genossen als Mitglieder. Geständig war auch der neunzehnjährige K. mit Steinen geworfen zu haben. Ein Polizeibeamter habe ihn auch gesehen, wie er, einen fünfjährigen Knaben als Deckung, eine Pistole gegen die Beamten angelegt hat. In seiner Wohnung wurde eine Decker-Pistole gefunden. Auch einige andere Festgenommene waren geständig. In der Verhandlung wollten die Angeklagten ihre Aussagen vor der Polizei nicht wahr haben, und sie behaupteten, man habe sie dazu gezwungen. Auch bestritten sie, der Antifa angehört zu haben, obwohl sie bei den polizeilichen Vernehmungen die Zugehörigkeit zugegeben hatten. Rechtsanwalt Dr. Löwenthal bestritt, daß die Antifa überhaupt eine verbotene Organisation sei. Staatsanwalt Dr. Fischer konnte aber den Nachweis führen, daß die Antifa als Fortsetzung des verbotenen Rot-Front gleichfalls verboten sei. Das Gericht verurteilte vier Angeklagte wegen Aufruhrs und Zugehörigkeit zu einer verbotenen, staatsfeindlichen Organisation zu je sieben Monaten Gefängnis und vier weitere Angeklagte wegen Zugehörigkeit zu einer verbotenen staatsfeindlichen Organisation zu je zwei Monaten Gefängnis. Die übrigen sechs Angeklagten wurden freigesprochen.

Vom Faschingstanz in den Tod.

Auf nächtlichem Heimweg ermordet.

Kulmbach, 19. Februar.

Die 17-jährige Landwirtstochter Margarete Müller aus Reuzhagen wurde tot in einem Wasserloch aufgefunden. Die Ermordete — denn nur um einen Mord bzw. Totschlag kann es sich handeln — hatte an einem Faschingsvergnügen in einer Wirtschaft in Baumgarten teilgenommen. Nach zwei Uhr früh verließ sie das Lokal. Auf dem Heimweg, der durch einsame Gegend führte, wurde sie von einem Mann begleitet. Er hat wahrscheinlich die Tat begangen. Der Mörder wollte das Mädchen anscheinend vergewaltigen, stieß dabei jedoch auf heftigen Widerstand. Das Mädchen floh, wurde von dem Unhold eingeholt und in dem darauf folgenden schweren Kampf getötet. Der Täter schleppte dann die Leiche etwa drei Meter weit in das Wasserloch, in dem sie aufgefunden wurde.

... halb Bohnenkaffee,
halb Kathreiner,
auch das hilft schon sparen!
Und das schmeckt ganz
ausgezeichnet!

Scharfe Kanonenschüsse vom Balkon

Ein tolles Stück aus Berlin W

Ein ganz ungewöhnlicher Vorfall, der sehr leicht eine verhängnisvolle Wendung hätte nehmen können, ereignete sich am gestrigen Nachmittag gegen 1/6 Uhr in Wilmersdorf. Um die angegebene Zeit erfolgten von dem Balkon der im 2. Stockwerke des Hauses Pfalzburger Straße 5 gelegenen Wohnung eines Kaufmanns Lauffen plötzlich mehrere starke kanonenschießartige Detonationen. In wenigen Minuten war die ganze Gegend alarmiert. Auf der Straße hatte sich ebenfalls eine größere Menschenmenge angesammelt. Die sofort herbeigerufene Polizei fand jedoch ohne Schwierigkeiten Einlaß in die Wohnung Lauffens. Zu ihrer größten Ueberraschung entdeckten die Beamten durch am Fenster ein richtiges kleines Schnellfeuergeschütz mit der dazu gehörigen Munition 19,5 Millimeter. Das Geschütz und die Munition wurden beschlagnahmt. Lauffen wurde von der Kriminalpolizei festgenommen. Man glaubt, daß er einen geistigen Defekt hat und wird ihn heute durch den Kreisarzt untersuchen lassen.

Im Hause Pfalzburger Straße 5 hat der schon besetzte Kaufmann J. Lauffen in der zweiten Etage eine Wohnung inne, in der auch seine beiden Söhne wohnen. Der eine von ihnen, der 33-jährige Johannes, ist im Kriege verbeschützt worden und soll seitdem mit seinen Necken nicht in Ordnung sein. Er beschäftigt sich mit Vorliebe mit technischen Experimenten auf dem Gebiete der Artillerie und wußte vor längerer Zeit eine

besonders gute Waffe zur Fliegerabwehr, ein Mittelstück zwischen einem Maschinengewehr und einem kleinsten Langrohrgeschütz,

erfunden haben. Mit dieser Konstruktion hat er nach den Aussagen

der Hausbewohner schon seit geraumer Zeit Versuche angestellt, wobei er aber immer nur blind geschossen hat, denn man hätte wohl die mehr oder weniger starken Detonationen, aber es wurden niemals Einschläge beobachtet, obwohl er die Waffe auch öfter im Hof mit der Mündung nach dem Hausflur aufbaute. Das ganze Treiben trug immerhin nicht zur Beruhigung der Hausbewohner bei, und es wurden auch wiederholt Beschwerden laut, die aber keinen Erfolg hatten.

Gestern abend gegen 1/6 Uhr wurden nun die Bewohner dieses Teiles der Pfalzburger Straße durch scharfe Schüsse erschreckt, die in kurzer Reihenfolge hintereinander fielen. Gleichzeitig hörten Passanten, die sich in der Nähe des Wohnhauses Pfalzburger Straße-Ludwigkirchstraße 9 aufhielten, wie

vom Turmbau dieses Gebäudes Ziegelsteine und Putzteile krachend auf die Straße stürzten.

Da das Treiben Lauffens in der Gegend allgemein bekannt war, vermutete man sofort in ihm den Urheber dieses Scharfschießens und alarmierte die Polizei. Die in die Wohnung eindringenden Beamten fanden tatsächlich auf dem Balkon die von dem Geisteskranken konstruierte Waffe, die so aufgebaut war, daß die Kugeln genau in die Dachkonstruktion des Hauses Ludwigkirchstraße 9 einschlagen mußten. Die Feststellungen der Polizei ergaben, daß es sich um ein 19,5-Millimeter-Geschütz handelte, das ebenso wie die dazu gehörige Munition von der Kriminalpolizei beschlagnahmt wurde. Der Vorfall hatte begreiflicherweise in dem Hause ungeheure Erregung hervorgerufen, und die Mieter verlangten von der Polizei dringend, daß er in Zukunft überwacht werde, um zu verhindern, daß seinen leicht verhängnisvollen Spielereien eines Tages Menschen zum Opfer fallen könnten.

Hilfe der erwerbslosen Jugend!

Eine Mahnung an den Staat — Jungmänner verzweifeln am Leben

„Da ich keine Arbeit habe, muß ich den ganzen Tag auf der Straße herumlaufen.“

„Nach nie in meinem Leben bin ich so müde gewesen, wie in dieser Zeit. Stehe man des Morgens auf, so kommen einem schon die Gedanken, was man anfangen soll. . . . Mit der Zeit wird man müde und hat keine Lust mehr am Leben. Sämtliche Betätigungslust läßt man laufen, denn wenn man unter den anderen ist, so kommen einem immer wieder die Gedanken, ohne Arbeit zu sein, und die Beierzeit ist auf einmal aus. . . . Ueberhaupt schon die Frage: von wem? Hast du Arbeit usw., das steht einem zum Hals heraus.“

Das sind Auszüge aus Selbstzeugnissen jugendlicher Erwerbsloser, die die Wirkung der Arbeitslosigkeit hier in einer lakonischen Sprache zum Ausdruck bringen. Gewöhnlich äußern sich die Jugendlichen über die Wirkung der Arbeitslosigkeit weit drastischer. Es ist ja auch klar, daß die Arbeitslosigkeit auf Jugendliche, die tätig sein wollen und ihrer Natur nach auch tätig sein müssen, besonders niederdrückend und lebensverneinend wirken muß. Die zum Nichtstun verurteilten Jugendlichen kommen sich selbst höchst überflüssig in der Welt vor, verlieren ihre Selbstachtung und werfen ihr Leben bei erster bester Gelegenheit fort. Viel zu wenig wird auch beachtet, daß die heutige junge Generation im Alter von 14 bis 20 Jahren ihre Kindheit in der Kriegs- und Nachkriegszeit verlebt hat und hier nicht die für ihre innere Festigung erforderliche moralische Stütze finden konnte. Die demoralisierenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit finden infolgedessen bei der geringeren Widerstand.

Es handelt sich nicht etwa um Einzelercheinungen unserer Gesellschaft. Ein wesentlicher Teil der kommenden Generation ist ernstlich bedroht. Fast ein Drittel der jungen Arbeiterschaft von 18 bis 21 Jahren ist arbeitslos.

In Berlin dürfte die Zahl der jugendlichen Erwerbslosen im Alter von 14 bis 21 Jahren 45 000 bis 50 000 betragen.

Davon entfallen auf die Altersklasse 14 bis 17 Jahre 9 000 bis 10 000 und auf die 18- bis 21-jährigen 36 000 bis 40 000. Nicht allein im Interesse der Jugendlichen selber, sondern auch im wohlverstandenen eigenen Interesse hat der Staat die Pflicht, den jugendlichen Erwerbslosen sozial zu helfen. Die Selbst- und Raubmorde jugendlicher, die Krawalle der Soldatenscharen politischer Parteien sind im Grunde genommen nichts anderes als Symptome wirtschaftlicher Notlage großer Schichten jugendlicher. Mit Gewaltmitteln des Staates können diese Auswüchse jugendlicher Demoralisation nicht beseitigt werden.

Den Weg, der augenblicklich zur Befundung unserer Jugend führen kann, haben die Jugendämter Berlins, die ja mit zahlreichen entwürzelten und schwermütigen Jugendlichen seit Jahren zu tun haben, gezeigt.

Ein wenig Sonne in den grauen Tag.

„In den grauen Tag der erwerbslosen Jugendlichen ein wenig Sonne, wirkliche Freude, Anregung zu geistigem Weiterstreben, Befreiung des edleren Selbst hineinzufragen, ist für die Jugendämter das Gebot der Stunde.“ Diese im Dezember 1925 erhaltene Forderung des Jugendamtes Treptow leitete eine Hilfsaktion für jugendliche Erwerbslose ein, die durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Februar 1926 für ganz Berlin durchgeführt wurde. Die Maßnahmen, die von den einzelnen Jugendämtern getroffen wurden, waren naturgemäß verschieden; in dem zu erstrebenden Ziel dagegen bestand keine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit. Zunächst galt es, den jugendlichen materiell zu helfen. Die Erwerbslosenunterstützung reicht bei denen, deren Familie durch lange Arbeitslosigkeit des Vaters selbst in bittere Not geraten war, nicht einmal für die notdürftigste Ernährung aus. Diese Jugendlichen erhielten ein kräftiges Mittagsgemüse. Außerdem wurden die in Berlin vorhandenen Jugendheime, etwa 50, in den Vormittagsstunden geöffnet, um hier den Jugendlichen unter Leitung älterer Jugendführer ein anregendes Gemeinchaftsleben zu ermöglichen. Während der Sommermonate wurden Spiel und Sport getrieben; auch Tagesausflüge in die nähere und weitere Umgebung Berlins wurden unternommen. Über diese rein pflegerische Tätigkeit der Jugendämter konnte nicht gesprochen werden. Der jugendliche will tätig sein. Insbesondere will er einen Erfolg seiner Arbeit sehen. Es ist ein großer Verstoß zu glauben, daß die Jugendlichen von Natur aus die Arbeit scheuen. Die zahlreichen Kurse, die für jugendliche Erwerbslose eingerichtet wurden, Tischlerei, Schuhmacherei,

Schneiderei, Schlosserei, Buchbinderei, sowie auch Unterrichtskurse in Deutsch, Rechnen, Stenographie und Haushaltung erfreuen sich eines starken freiwilligen Zuspruchs der Jugendlichen. Die Jugendlichen haben fast überall, wo die Leiter der Kurse mit dem nötigen pädagogischen Geschick ihrer Arbeit walteten, sich willig und zahlreich beteiligt, ja viele arbeiteten sogar über die festgesetzte Kurszeit hinaus. In den Werkstätten arbeiteten die Jugendlichen für ihre persönlichen Bedürfnisse und für gemeinnützige Anstalten, wie Kinderhöfe, Kinderhorte, Waisenhäuser usw. Für diesen ihren Dienst an der Allgemeinheit haben die Jugendlichen wachsendes Verständnis gezeigt. Im Jahre 1926 haben die städtischen Körperkassen in Berlin für diese Hilfsaktion an der erwerbslosen Jugend etwa 1 Million Mark aufgewendet. Dazu kamen noch Zuschüsse, die die Arbeitsämter für die Werkstätte zahlten.

Soll alle Arbeit umsonst gewesen sein?

Inzwischen hat die immer drückender werdende Finanznot der Stadt zur Einschränkung der Einrichtungen geführt. Im laufenden Etatsjahr 1930 konnte die Stadt nur noch 649 400 M. für diese Zwecke zur Verfügung stellen; gegenwärtig werden nur noch 1537 jugendliche Erwerbslose betreut, die sich an 48 Kursen mit 62 Lehrkräften und Heimleiterinnen beteiligen. Das sind nur 3 Proz. der jugendlichen Erwerbslosen im Alter von 14 bis 21 Jahren und 17 Proz. der im Alter von 14 bis 17 Jahren. Eine Verzehnfachung dieser Arbeit wäre durchaus erforderlich, wenn sie einen durchgreifenden Erfolg erzielen soll. Für das kommende Etatsjahr ist aber selbst diese erheblich eingeschränkte Arbeit für die jugendlichen Erwerbslosen in enger Gefahr! Es ist fraglich, ob die Stadt Berlin selbst noch die verhältnismäßig geringe Summe von einer halben Million für diese soziale Arbeit wird aufbringen können.

Dabei ist der hohe soziale Wert dieser Einrichtung unzweifelhaft. Viele sozial gefährdete Jugendliche haben hier moralische Stütze und Halt gefunden. Sie haben es selbst anerkannt. Erhebliche Kosten der Anstaltsfürsorgeerziehung konnten dadurch gespart werden. Der Staat, der zu der öffentlichen Fürsorgeerziehung beinahe zwei Drittel der Kosten beisteuert, hat durch diese Hilfsmaßnahmen der Stadt Berlin für die erwerbslose Jugend nicht unbeträchtliche Mittel erspart. Die Forderung an den Staat, an seinem Teil auch zu den Kosten dieser vorbeugenden Fürsorgemaßnahme beizutragen, ist darum durchaus gerechtfertigt — abgesehen von seiner allgemeinen Verpflichtung gegenüber der Not der Jugend überhaupt.

Sich der Jugendlichen in ihrer größten Not anzunehmen, gehört durchaus zu den Pflichten des Staates. Die praktische Hilfe des Staates für die erwerbslose Jugend wird die kommende Generation stärker an den Staat fesseln als noch so schöne Ministerreden und Zeitungartikel über die Pflichten der jungen Staatsbürger. Anderenfalls müssen die Demagogen politischer Parteien willige Ohren finden bei einer Jugend, die seit ihrer Kindheit fast nur Not und Entbehrung, aber wenig Freude in diesem Staate kennengelernt hat. Mit verhältnismäßig geringen Mitteln kann hier der Staat sich die Herzen der Jugend erobern.

Eröffnung der Automobilausstellung.

Gestern war großer Tag am Kaiserdamen. Die beiden riesigen Ausstellungshallen waren außer mit den schwarzrotgoldenen Reichsflaggen auch mit den Flaggen der Weltstaaten geschmückt. Unter den Klängen mehrerer Musikstücken wurde die Internationale Ausstellung in schlichtester Form ohne jede Ansprache eröffnet. Behördenvertreter, Mitglieder des Diplomatischen Korps, der Industrie und das Publikum waren bald so stark vertreten, daß man nur schrittweise die Gänge passieren konnte. Man rechnet mit einem sehr starken Besuch der Ausstellung, die bis zum 1. März geöffnet bleibt.



Goldgruben bei der Polizei.

Die Polizeikantinen und ihre Pächter.

Die preussischen Polizeikantinen sind noch schönen Erlasses als vorbildliche Wohlfahrtsanstalten gedacht. Sie sollen den Interessen der vielen, in Zeiten der häufigen Wärmestufen ausschließlich auf sie angewiesenen Polizeibeamten dienen. Leider sind sie, namentlich in Berlin, nur Bereicherungsquellen für die Kantinenwirte, natürlich auf Kosten schlecht bezahlter Beamten. Väterlich gering sind die Pachtzinsen für diese Kaufhäuser im Kleinen, wo der Polizist neben familiären Nahrungsmitteln und Getränken die verschiedensten Gebrauchsgegenstände kaufen kann.

Bei den früheren Militärkantinen brachte z. B. eine Bataillionskantine eine Jahrespacht von etwa 6000 M., eine Regimentskantine eine solche bis zu 12000 M. Und damals erhielt der einfache Soldat einen Monatslohn von 9 M. Heute, wo die Belegstärke der Polizeiantikonten durchschnittlich Bataillionsstärke entspricht (hinzukommen die vielen Kommando- und Sonderstellen, auch eine große Zahl sonstiger Unterkunftsmiter u. a.), zahlt der Kantinenpächter etwa 2-4000 M. jährliche Pacht. Fast immer ist in dieser Summe mit enthalten: die Miete für eine angenehme Wohnung, Wohnräume für Dienstpersonal, stets die Heizung für den eigentlichen Kantinenraum, wie auch die Beleuchtung für ihn. Dazu verfügen die Wirte ohne Zuschlag über ausgedehnte Kellerräume, Waschküchen und dergleichen.

Man sollte annehmen, daß bei derart geringen Pachtzinsen wenigstens auch die Kantinenpreise äußerst niedrig gehalten werden. Das Gegenteil ist der Fall! An Hand von Belegen kann nachgewiesen werden, daß an einzelnen Waren (Schmalz, Einfaß: Pfund 0,60 M., Verkauf: 1,20 M., Käse, Butter usw. — ein Glaschen Milch kostet 15 Pf.)

bis 100 Proz. verdient werden!

Und das bei einer „Wohlfahrtsanstaltung“ — auf Kosten schlechtbezahlter Beamten!

Angewandt, doch Tatsache! Die Pachtberechnung erfolgt — nach dem Bierumsatz, pro Litre ein lächerlicher Satz. Die Umlage in Fleisch, Butter, Wädel, Tabak, Papier, Fisch, Bloutierwaren usw., der Verzehrer an Chovaren, alkoholischen Getränken (außer Bier), alkoholfreien Getränken usw. bleibt gänzlich unberücksichtigt. Es wird nicht gerade viel Bier von den Polizisten konsumiert, andere Waren aber um so mehr bei den vielen Polizei-Sportlern und jungen, noch im Wachstum stehenden Bereitschaftsbeamten.

Gelegentliche „Zivilbelücker“ bringen ihren Unwillen über die horrenden Preise des öfteren zum Ausdruck. Die Beamten selbst finden für ihre berechtigten Forderungen zur Zeit der „Preisfestsetzungskaktion“ scheinbar nicht das richtige Verständnis. Nebenbei: Zeitungen, außer dem Sozialanzeiger, den die Kantinenpächter meist als Leib- und Magenblatt halten und außer einzelnen Freieigenen, werden gar nicht ausgelegt. Es dürfte interessieren, wie die Steuerbehörde den wirklichen Umsatz dieser „Goldgruben“ feststellt. Etwas auch nach dem Bierumsatz? Der Staat kann kein Interesse daran haben, daß ein kleiner Personenkreis sich auf Kosten seiner farg belohnten Beamten bereichert!

Zum 1. April 1931 laufen die alten Pachtverträge ab. Warum erfolgt nicht vor der Neuverpachtung öffentliche Ausschreibung der Kantinen? Warum werden die Verträge so langfristig abgeschlossen? Im Interesse der Polizeibeamten sollte hier einmal gründlich und rücksichtslos Wandel geschaffen werden, besonders auch im Sinne einer wirklichen Preisfestsetzung.

Brandweg in Baumshulenerweg. Nach der verstorbenen Schriftstellerin Ella Braun sind mit Genehmigung des Polizeipräsidenten die bisherige Ceciliastraße und die Straße 95 in Berlin-Baumshulenerweg benannt worden.

Senatspräsident von Ksanfi gestorben. Der ehemalige Senatspräsident am Oberverwaltungsgericht Walter von Ksanfi, der am Mittwoch nachmittag, wie berichtet, einen Selbstmordversuch verübte, ist seinen Verletzungen erlegen.

Allgemeine Wetterlage.



Wie erwartet, hat sich der Hochdruckrücken nach Süden verlagert. Er verbindet jetzt über Nordfrankreich und Norddeutschland hinweg das atlantische Maximum mit dem russischen Hoch. Das Wetter war am Donnerstag in Deutschland der Wetterlage entsprechend ruhig. Nur im Nordwesten war der Himmel heiter; sonst war das Wetter überwiegend bewölkt. Niederschläge kamen nirgends vor. Im norddeutschen Binnenland und im Alpenvorland war es mit 9 bis 6 Grad Wärme ziemlich kühl, während sonst verschiedentlich 5 bis 6 Grad Wärme erreicht wurden. Druckanstieg über Mitteleuropa deutet darauf hin, daß sich der Hochdruckrücken kräftigt. Wir haben daher weiterhin mit ruhigen Wetter zu rechnen.

Wetterausichten für Berlin. Fortwährend aufheiternd, doch größtenteils bewölkt oder neblig. Tagestemperaturen über Ruß, südliche Länder. — Für Deutschland. In Westdeutschland Verschlechterung des Wetters, im Osten plötzliche Nachfröste.

Schutz dem Stephansboten.

Briefträger riskieren ihr Leben. — Schafft bessere Sicherungen.

Immer wieder und allzuoft liest man von Überfällen auf Geldbriefträger oder Kohlenboten. Meist sind sie wohlüberreitet. Fast immer werden sie mit roher Gewalt unternommen und gehen aufs Leben. Kann dagegen wirklich nichts getan werden?

Es gibt Berufe, die ihrem Wesen nach von Lebensgefahr nicht zu trennen sind. Der Lokomotivführer steht bei irgend einem Unglücksfall mit einem Fuß im Grabe. Wie fürchterlich die Gefahr auf dem Bergmann lastet, hat die letzte Zeit grauenvoll gezeigt. Ueberall löst sich durch sorgsamste Vorkehrung jeder Schutzmaßregel, bei der die Geldtrage keine Rolle spielen darf, die Gefahr stark vermindern. Ganz beseitigen läßt sie sich nicht. Man kann schließlich nichts weiter tun, als diesen Werttägigen in ihrer Besoldung und ihren sonstigen Lebensbedingungen wenigstens einen gewissen Gegenwert für ihre unvermeidbare Lebensgefahr zu bieten.

Gehört auch der Beruf des Geldbeförderers zu diesen, die von der Gefahr nicht zu trennen sind? Wir sagen: Nein! Es gibt Möglichkeiten der Sicherung, die unbedingt anzuwenden sind. Freilich kosten sie Geld. Aber das darf hierbei wahrhaft keine Rolle spielen! Früher war bei der bayerischen Post die Einrichtung, daß eine Zustellung von Wertsendungen ins Haus gar nicht erfolgte. Der Empfänger erhielt nur die Anweisung und mußte mit ihrer Hilfe die Sendung dann selbst auf der Post abholen. Ein Verfahren, das den Vorzug der Sicherheit hat. Dem Briefträger etwa die Anweisung mit Gewalt abzunehmen, lohnt für den Verbrecher nicht, da er mit dem Ausweis auf der Post sicher Schwierigkeiten haben würde. Auch könnte er immer nur eine rauben, während es heute möglich ist, dem überfallenen Geldbriefträger alle Wertsendungen, die er bei sich hat, abzunehmen. Den Empfänger aber zu überfallen, hat seine größeren Schwierigkeiten und weniger Ausichten. Also dieser Weg bietet wohl die größte Sicherheit. Leider ist es für den Empfänger sehr umständlich, namentlich, wenn er oft Geld zu empfangen hat, wenn seine freie Zeit nicht in die Poststunden fällt und anderes. Man sollte ihn nur dann gehen, wenn kein anderer Weg gangbar erscheint.

Es ist es möglich, den Geldbriefträger in Paketwagen

fahren und seine Sendungen darin lagern zu lassen. Er muß dann, wie es der Paketbote auch tut, jede einzelne Sendung dem Wagen entnehmen und einzeln — bzw. mehrere für dasselbe Haus — abtragen. Das würde den Anreiz für einen Räuber schon sehr vermindern. Als Gegenwert für die Gefahr, die er auf sich nimmt, steht nur eine oder wenige Sendungen, deren Höhe er nicht kennt — gegenüber der ganzen, mit Wertsendungen gefüllten Tasche des heutigen Geldbriefträgers, die immer reichen Inhalt bietet. An den Wagen werden sich nur ganz ausnahmsweise sehr verwegene Räuber trauen. Jedenfalls ist die Gefahr für den einzelnen Boten sehr vermindert.

Schutz gibt es auch hier!

Sie läßt sich aber noch viel mehr vermindern. Man kann immer 3 oder 4 Boten zusammenschicken lassen. Es wird auch genügen, wenn ein handfester junger Mensch, den man als vertrauenswürdig kennen gelernt hat, mitgeht. Sind beide noch bewaffnet, so würde schon eine Verwegenheit und womöglich eine Vereinigung von Verbrechern zu einem Angriff nötig sein, wie man sie doch glücklicherweise nur selten findet. Ein weiteres oder ergänzendes Mittel wäre es, den Boten durch einen guten und scharfen Polizeihund geliehen zu lassen. Der würde nicht nur Schutz, sondern auch, wenn noch einmal ein Verbrechen gelänge, der Feststellung des Täters wertvollste Dienste leisten und dadurch verbrecherische Elemente von der Tat abföhren.

Man sieht, an Möglichkeiten, die Geldboten (ähnliches gilt von den Kohlenboten) vor Lebensgefahr zu schützen, fehlt es nicht. Man muß nur wollen und nicht an dieser fallischen Stelle sparen.

Nach wie vor hauswirtschaftlicher Unterricht in den Berufsschulen. In der jetzigen schweren Zeit, in der infolge der schlechten Wirtschaftslage die Zahl derjenigen Mütter immer größer wird, die nicht umstände sind, ihre Töchter selbst in der Hauswirtschaft zu unterweisen, ist es nicht beabsichtigt die hauswirtschaftlichen Klassen in den Berufsschulen eingehen zu lassen. Der hauswirtschaftliche Unterricht wird also in den Berufsschulen, im Gegensatz zu den Volksschulen, nach wie vor weiter erteilt.

Was sagt der Bär?



Zum Straßenbild der Stadt gehören die vielen, nur in deutschen Werkstätten erbauten Josetti-Kraftfahrzeuge. — Sie werben für die populärste Cigarette Berlins und versorgen bis weit über ihre Grenzen die Raucher mit

Josetti Juno

Berlins meistgeraucherter Cigarette 1/4-Einheitspackung 40 Stk

Preußenkasse im Jahre 1930.

Rationalisierung der Genossenschaften. — Dr. Klepper zum Ostprogramm.

Seit der Stärkung der Nationalsozialisten ist es nicht nur in der Volkswirtschaft schnell abwärts gegangen, sondern auch mit der Vernunft in der deutschen Agrarpolitik, da die Großagrarien mit der Stärkung des Rechtsradikalismus Oberwasser bekommen haben. Die ganz auf Realitäten und praktisch erfolgreiches Wirken abgestellte Politik der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse ist deshalb für jeden, der an einer erfolgreichen Agrarpolitik in Deutschland interessiert ist, ein um so wichtigerer Macht- und Gestaltungsfaktor geworden. Die Preußenkasse hat jetzt den Geschäftsbericht für 1930 vorgelegt, der erkennen läßt, daß im vergangenen Jahre wieder

sehr gute Konsolidierungs- und Sanierungsarbeit

im Kredit- und Organisationswesen der Landwirtschaft geleistet worden ist, gleichzeitig aber auch zeigt, in welchem Ausmaße ein guter Anfang durch die neue politische Konstellation bedroht werden kann.

Die Preußenkasse hat im vergangenen Jahre den Hauptteil der Genossenschaftsrationalisierung erfolgreich zum Abschluß gebracht. Die Ueberorganisation des Genossenschaftswesens ist im Mittelbau sehr stark zusammengeschnitten worden. Gegen Ende 1928 hat sich die Zahl der Genossenschaftsverbände von 51 auf 30, die Zahl der zentralen Gelddarstellungen von 49 auf 28, die Zahl der allgemeinen Waren-, Bezugs- und Abfahrzentralen von 43 auf 29, die Gesamtzahl der höheren Organisationsgebilde also von 143 auf 87 verringert. Im genossenschaftlichen Unterbau schreitet die Vereinheitlichung fort. Die Rationalisierung im Genossenschaftswesen sei in einem schnelleren Tempo vorgeschritten als erwartet, jedoch dürfe, so sagt der Bericht, das Erreichte gleichwohl nicht als Abschluß, sondern als Einleitung betrachtet werden. Dringlich sei der Abbau des allgemein überhöhten Haftsummensystems und die Reorganisation des Revisionswesens (das nach unserer Kenntnis durch das Mittelmaß der Leistungen dem Genossenschaftswesen nicht gerade förderlich ist). Der von nichtgenossenschaftlicher Seite zu bedenkende Zuschußbedarf habe sich auf 90 Millionen Mark erhöht (gegen die erwarteten 75 Millionen); mit der Rentenbank-Kreditanstalt sei über eine weitere Deckungsquote bereits eine Verständigung erreicht, mit dem Reich stehe sie bevor.

Für die große, von der Preußenkasse herbeigeführte finanzielle Konsolidierung des Genossenschaftswesens, die auch zugleich die

wiedergewonnene Bewegungsfähigkeit und bedeutend erhöhte Kreditwürdigkeit der Preußenkasse

charakterisiert, werden sehr charakteristische Zahlen mitgeteilt. Während die Preußenkasse im Jahre 1927 noch mit 78,5 Proz. ihre fremden Mittel auf öffentliche Kassen, die Reichsbank und die Rentenbank-Kreditanstalt angewiesen war, ist dieser Prozentsatz Ende 1930 auf 45 gesunken. Auf der anderen Seite haben die Kundenguthaben und Einlagen sowie die Heranziehung von Bankkrediten sich in der gleichen Zeit von 21,5 auf 55 Proz. der fremden Mittel erhöht. Die bei der Reichsbank in Anspruch genommenen Wechselkredite sind von 391,5 Ende 1927 auf 98,7 Ende 1930 zurückgegangen. Durch die Reorganisation des Genossenschaftswesens, die durchgeführten Schuldennachlässe, strengere Gesichtspunkte bei der Kreditgewährung und Kreditverlängerung sind die Kredite an die landlichen Genossenschaften östlich der Elbe von 1927 bis 1930 von 354,7 auf 270,8, an die Genossenschaften westlich der Elbe von 486 auf 262,3 Millionen gesunken worden, während die Aktionkraft der Genossenschaften sich gleichzeitig steigerte.

Entsprechend dieser durchgängigen Sanierungspolitik ist die Bilanzsumme gegen das Vorjahr weiter von 849,5 auf 775,8 Millionen (1927 noch 978,6 Millionen) gesunken. Die Summe der bei Dritten ausgenommenen öffentlichen Gelder ging 1930 von

495,0 auf 386,8 Millionen zurück, die Summe der Kundenguthaben und Depositen hat sich von 119,1 auf 153,0 Millionen erhöht; eine Verlagerung, die eine neue erhebliche Verbesserung des Status der Preußenkasse und ihrer finanziellen Bewegungsfähigkeit darstellt. Diese günstige Entwicklung kann natürlich durch den

neuen Kurs im Osthilfeprogramm und in der deutschen Agrarpolitik

kaum günstig beeinflusst werden. Die Osthilfe stand, die Agrarpolitik steht durch die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag stark unter der Wirkung politischer Zwangslagen, die freilich bei den entscheidenden Stellen vielleicht etwas zu hoch eingeschätzt werden. Die Folge ist, daß im Ostprogramm und in der Agrarpolitik neue Zugeständnisse an die Subventionenpolitik gemacht werden, daß der Grundgedanke der individuellen Behandlung der Krisenrisiken unter dem Einfluß politischer Kräfte durchlöcherter werden, daß die Uebersichtlichkeit und Einheitlichkeit der landwirtschaftlichen Kreditpolitik durch das Einschalten der Bank für Industrieobligationen zumindest nicht gefördert wird, daß Risiken in ungewöhnlicher Weise einfach nur auf die öffentliche Hand verschoben werden und daß schließlich eine die Krankheit nur verlängende, die Gesamtheit aber schädigende Agrarpolitik getrieben wird. Einer solchen Entwicklung kann die Preußenkasse — und sie hat Recht damit — nur mit geleisteten Gefühlen gegenübersehen. Es ist nicht verwunderlich, daß im Geschäftsbericht selbst zu den großen Fragen der Agrarpolitik diesmal überhaupt nicht Stellung genommen wird.

Auch Dr. Klepper, der Präsident der Preußenkasse,

war diesmal in seinen mündlichen Bemerkungen gelegentlich der Pressekonferenz sehr zurückhaltend. Er bedauerte, daß hinsichtlich des Schicksals der nicht mehr lebensfähigen Betriebe im Osthilfeprogramm nichts oder nur wenig vorgehen sei. Alles sei auf die Fragen der Umschuldung und Befähigung konzentriert. Es sei aber immerhin ein wesentlicher Fortschritt, daß eine planmäßige Reduzierung der Verschuldung erfolgen solle, so daß die Betriebsführung nicht subventionell, sondern an die Bedingung der Produktionsumstellung und eventuelle Abverkäufe geknüpft sei. Erfreulich sei, daß sich der Grundgedanke der individuellen Betriebsprüfung und Kreditbehandlung doch hundertprozentig durchgesetzt habe und ein Allgemeinut der öffentlichen Bewußtseins geworden sei. Die Haftungsverbände habe die Preußenkasse bis zuletzt abgelehnt, da man an der Skepsis gegenüber dem Funktionieren der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung, wo es sich um fremde Gelder handelt, festhalten müsse. Die Haftung solle in der Landwirtschaft nicht auf, sondern abgebaut werden. Bei den Haftungsverbänden bestehe die Gefahr, daß die guten Betriebe für die schlechten einzustehen müssen. Zu Zinspolitik machte Präsident Dr. Klepper die immerhin interessante Bemerkung, daß die Preußenkasse für sich nie mehr als 3 bis 5 Proz. über Reichsbankfuß in Anspruch nehme, so daß Zinsätze von 10 und mehr Prozent der Genossenschaft nicht der Preußenkasse zur Last fallen.

Die Einnahmen der Preußenkasse haben sich von 11,96 auf 10,13 Millionen verringert, die Geschäftskosten sind mit 5,80 Millionen ungefähr gleich geblieben, das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung und die Betriebskontrolle der Preußenkasse kosteten 9,35 Millionen, an die ordentliche Rücklage werden weitere 3 Millionen (im Vorjahr 5 Millionen) abgeführt. Der Reinerüberschuß von 0,20 Millionen bleibt ebenfalls im Betriebe. Für das laufende Jahr sind im preussischen Etat bekanntlich 3 Millionen aus der Preußenkasse eingesezt.

Um den Schenker-Vertrag.

Bescheidene Einwände des Industrie- und Handelslaags.

Der Industrie- und Handelstag sagt in einem Beschlusse über den Schenker-Vertrag der Reichsbahn, daß er eine Reihe von Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes bringe, die vom Standpunkt der Verfrachter und damit der Gesamtwirtschaft zu begrüßen sind. Als wesentliche Bedenken führt er die Gefahr der Aufsaugung des Verkehrs der übrigen Spediture, die Preisgabe wichtiger Geschäftsgeheimnisse, die Gefahr der Ausschaltung eines gefundenen Wettbewerbs anderer Verkehrsmittel und die Entkleidung der Spediture von ihrer bisherigen Stellung als unabhängige und zuverlässige Berater der Verfrachter an. Als sehr wesentlich können wir diese Einwände nicht ansehen.

Verluste im Lüdenschneider Trust.

Auffällige Finanzgeschäfte innerhalb des Meyer-Konzerns.

Die zu den Interessen des hannoverschen Bankhauses Ephraim Meyer u. Sohn rechnenden Lüdenschneider Unternehmen, die elektrotechnische Apparate aller Art, Metallwaren und Porzellan herstellen, schließen das Geschäftsjahr 1929/30 mit Verlust ab. Die Unannehmlichkeiten des Ausweises und der Bereinigung dieser Verluste sind wohl der Grund, daß die Bilanzen vom 30. April 1930 erst jetzt veröffentlicht werden.

Die Lüdenschneider Metallwerke A. G., die zeitweilig 1100 Arbeiter und Angestellte beschäftigten und in den beiden vorhergehenden Geschäftsjahren 6 Proz. Dividende verteilten, schließen mit einem Verlust von 0,9 Millionen Mark (Aktienkapital 5 Millionen Mark) ab. Angeblich ist dieser Verlust nur beim Düsseldorfer Wert entstanden, das inzwischen stillgelegt wurde. Infolge dieser Stilllegung und bei vorsichtiger Bewertung sind die Vorräte von 3,8 auf 2,72 Millionen Mark, die Schulden von 2,6 auf 1,7 Millionen Mark zurückgegangen. Die Rückgänge bei den festen Anlagen (Grundstücke, Gebäude, Fabrikeinrichtung) sind auffallend gering. Unter den Passiven ermäßigten sich die Verpflichtungen von 4,35 auf 2,72 Millionen Mark.

Auch die Vereinigten elektrotechnischen Fabriken Busch u. Jaeger A. G. schließen mit einem Verlust ab, der allerdings nur 67 000 M. beträgt (nach vorjährigem Gewinn von 200 000 M. und 5 Proz. Dividende auf 2,57 Millionen Mark Kapital). Bemerkenswert ist, daß bei gesteigerten Umsätzen das Inlandsgeschäft noch zufriedenstellend, der Auslandsanfall aber nur zu rückfälligen Preisen zu halten gewesen sei.

Ob nicht ein Teil dieser Verluste aus finanzpolitischen Gründen ausgewiesen wird, ist nicht ersichtlich. Jedenfalls hat eine auffällige Umlagerung des Aktienbesitzes innerhalb des Meyer-Konzerns stattgefunden. Jede der beiden Gesellschaften besaß je 20 Proz. des Aktienkapitals der französischen Societe des Porcelaines et Appareillages Electriques Grammont; diese Aktien sind zum Buchwert veräußert worden. Außerdem haben die Metallwerke ihren Besitz an Busch u. Jaeger-Aktien (etwa 60 Proz. des Kapitals) veräußert. Da alle Aktien von „bestäubiger Seite“ erworben wurden, dürften sie an die Holdinggesellschaft des Bankhauses Meyer u. Sohn, an die hannoversche Industrie A. G. übergegangen sein, die schon vorher die Mehrheit der Lüdenschneider Metallwerke besaß.

Union-Hapag-Lloyd-Hamburg-Süd.

Rationalisierung des Schiffsverkehrs nach Südamerika.

Der heftig umkämpfte, längst fällige Anschluß der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft an die Hapag-Lloyd-Union ist jetzt erfolgt. Die Rationalisierung des deutschen Schiffsverkehrs hat damit ihr Ende erreicht. Noch im vorigen Jahre hat sich die Hamburg-Süd, nach Abschluß der Hapag-Lloyd-Union, gegen die „Aberz fremdung“ durch den Bremer Bankier Schröder durch Ausgabe von Schulaktien (die zur Verfügung der Verwaltungskreise blieben) zu wehren gesucht. Der Kampf um die Macht, d. h. also der Kampf um die Aktienmehrheit, kam auch darin zum Ausdruck, daß bei gleicher Dividende der Kurs der Hamburg-Süd-Aktien zeitweilig fast dreimal so hoch stand wie der der Nord-Lloyd-Aktien.

Im vorigen Jahre hat dann der Norddeutsche Lloyd mit dem königlich holländischen Lloyd einen Gemeinschaftsbesitz nach Südamerika eingerichtet, der natürlich nicht geeignet war, die gegenseitige Verhandlungsfeindschaft zu stärken. Immerhin besteht seit 1. Januar für die Passagierfahrt nach Südamerika ein Kontakt zwischen Hapag, Lloyd und Hamburg-Süd. Dieses Kartell wird jetzt weiter ausgebaut werden, so daß der ganze deutsche Schiffsverkehr nach Südamerika einheitlich geregelt sein wird. Die Gewinne sollen in einen gemeinsamen Topf geworfen und nach einem bestimmten Schlüssel auf die drei Gesellschaften verteilt werden.

Deutsche Montanproduktion im Januar

Die verwertbare Kohlenförderung des Ruhrbezirks ist im Januar weiter auf 8,50 gegen 8,56 Millionen Tonnen im Dezember zurückgegangen. Die Kokszerzeugung ist von 1,93 auf 1,89 Millionen Tonnen gesunken. Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau hat sich die Braunkohlenförderung von 7,79 Millionen Tonnen im Dezember auf 7,08 Millionen Tonnen im Januar, die Breiherstellung von 1,69 auf 1,63 Millionen Tonnen verringert.

Die arbeitstäglige Rohstoffherzeugung Deutschlands ist gegenüber Dezember von 30 988 weiter auf 29 722 Tonnen, die arbeitstäglige Erzeugung der deutschen Walzwerke von 22 247 auf 20 763 Tonnen gesunken.

Punkte oder Prozente. Wir haben am Sonntag in dem Artikel „Gute Zeiten für Indemmenschen“ im ersten Abschnitt von 11,2 Proz. Senkung des Lebenshaltungsniveaus innerhalb eines Jahres gesprochen. Diese Fassung ist mißverständlich, da es sich natürlich um Punkte und nicht um ein Pro-Hundert-Verhältnis handeln kann. Der Rückgang um 11,2 Punkte bedeutet auf das Hundert gerechnet 7,3 Prozent.

84 000 Konfekte in einem Jahre. In 12 wichtigen Ländern wurden im Jahre 1930 nicht weniger als 83 750 Konfekte gezählt, verglichen mit 72 720 im Jahre 1929. Den Löwenanteil stellen die Vereinigten Staaten mit rund 26 000, an zweiter Stelle folgt Italien mit 15 000, an dritter Deutschland mit etwa 12 000.

Die Dividenden der Großbanken.

Berliner Handelsgesellschaft berichtet. — Dividende von 12 auf 8 Proz. gesenkt.

Es ist kein Geheimnis, daß die privaten deutschen Großbanken miteinander verärgert haben, wieviel Dividende sie für 1930 verteilen wollen. Früher hat es zwar in der Dividendenfrage unter den Großbanken auch so etwas wie einen Konvent gegeben, in diesem Jahr aber hat man ausdrückliche Verhandlungen getroffen, denn im allgemeinen war das Bankjahr 1930 schlecht. Das gilt besonders für die größten Privatbanken mit ihren jeweils mehreren hundert Filialen und Depotskonten. Die Gründe dafür sind bekannt. Es gingen 1930 rund 170 kleine Banken pleite, viele Kredite wurden faul, noch mehr sind eingetroffen, das Effekengeschäft war nur für Pfandbriefe und festverzinsliche Werte gut, und auch das nur bis zum 14. September, von wo ab der Wahlsieg der Nazis eine Vertrauens- und Finanzkrise herbeiführte, an den eigenen Wertpapieren haben die Banken durch die Kursentwicklung mindestens die bisherigen stillen Reserven verloren und schließlich hat sich auch die großartig betriebene Kurspekulation in New York alles weniger als bezahlt gemacht.

Aber es gibt Banken, die ihre Dividende herabsenken müssen und dabei selbst noch stille Reserven heranziehen, und Banken, die ihre Dividenden herabsetzen können und dabei noch neue stille Reserven bilden. Zu den letzteren gehört, neben der vom Reich beherrschten Reichsbank A. G. in Berlin, auch die Berliner Handelsgesellschaft. Die Berliner Handelsgesellschaft hat keinerlei Filialen und Depotskonten, sie hat nur große Kundschaft, 75 Proz. ihrer Kunden haben jeweils mindestens 1 Million Mark stehen, das Kreditgeschäft wird also engros betrieben und außerdem hat die Berliner Handelsgesellschaft, die ja noch immer von der äußerst soliden Tradition des alten Carl Fürstenberg profitiert, im Ausland einen fast unerschütterlichen Kredit. 60 Proz. aller Kreditoren waren Ende 1930 Auslandsgelder, und die Bank erzählt stolz, daß sie ihre Kreditkontingente im Ausland Ende vorigen Jahres noch nicht einmal voll ausgenützt hatte.

Aber die Verabredung zwischen den Großbanken will es, und so setzt auch die Berliner Handelsgesellschaft ihre Dividende grundlegend herab, und zwar von 12 auf 8 Proz. Da man in aller Welt die Dividendenreduktion verurteilt hat, schadet das der Berliner Handelsgesellschaft natürlich erst recht nicht; im Gegenteil, sie profitiert

davon und kann auch ihren Angestellten, die ja mit Lantien und Gratifikationen größtenteils seit altersher am Gewinn beteiligt sind, die Gewinnanteile fürzen, was wiederum die Bankreserven stärkt. So profitiert sie also bei ihren Reserven von dem schlechten Ruf, den das Bankjahr 1930 nun einmal hat.

Die Geschäfte sind freilich auch bei der Berliner Handelsgesellschaft zurückgegangen. Die Bilanzsumme verringerte sich von 503 auf 468 Mill. Mark, die Gesamtsumme der fremden Gelder von 435,6 auf 397,2 Mill. Mark. Der Umsatz betrug 24,7 gegen 26,2 Milliarden im Vorjahr. Auf der Aktivseite zeigen sich die stärksten Veränderungen auf dem Konto der Börsenkredite. Es hat sich von 32,5 auf 21,4 Mill. Mark gesenkt, also um mehr als ein Drittel. Die im Exportgeschäft gewährten Kredite (Warenvorschuße) gingen von 114,4 auf 104,3 Mill. Mark zurück, die Schuldner in laufender Rechnung, bei denen kaum Verluste eingetreten sein sollen, haben sich von 172,5 auf 167,7 Mill. Mark verringert. Bemerkenswerterweise zeigen sich bei den eigenen Wertpapieren und Konfortialbeteiligungen Zugänge um 1,5 und 0,6 Mill. Mark, was mit der Vermehrung der festverzinslichen Wertpapiere, die ja unter der Kursentwicklung weniger gelitten haben, zu erklären ist.

Sind die Bilanzzahlen noch einigermaßen zuverlässig, so ist die Gewinnrechnung natürlich von Grund auf friert. Die Einnahmen aus Zinsen und Provisionen werden mit 9,48 gegen 11,95 Mill. im Vorjahr um volle 2,5 Mill. Mark niedriger ausgewiesen. Die Bank sagt selbst, daß die tatsächlichen Gewinne erheblich höher waren; außerdem sind die Effekten und Konfortialgewinne in die Gewinnrechnung überhaupt nicht aufgenommen worden. Bei den Verwaltungskosten zeigt sich ein Rückgang (hauptsächlich durch Kürzung der Lantien und Gratifikationen) von 5,78 auf 5,06 Mill. Mark und die Steuerleistungen sind, was zu beachten ist, von rund 1,82 auf 1,28 Mill. Mark gesunken. Als Reingewinn werden 2,80 gegen 3,92 Mill. Mark im Vorjahr ausgewiesen.

Bis man weiß, wie die anderen Großbanken abgeschlossen haben, wird es noch einige Wochen dauern. Die Berliner Handelsgesellschaft ist jedenfalls noch kein Exempel dafür.

Aus der Arbeit der Bezirke.

Rollkommandos auf der Tribüne.

1. Bezirk - Mitte.

Die letzte Bezirksversammlung hatte sich neben einigen wenig wichtigen Vorlagen des Bezirksamtes ausschließlich mit kommunistischen Kundreisenanträgen zu beschäftigen. Die Kommunisten hatten dazu ihre Rollkommandos aus den verschiedenen Stadtbezirken auf die Tribünen geholt, um die Sitzung anscheinend aufzulösen zu lassen. Bei den ersten Kundgebungen der Kommunisten auf der Tribüne griff jedoch Genosse Riese sofort scharf durch, und es gelang ihm zunächst, die notwendige Ruhe herzustellen. — Auf einen Antrag der KPD, die beim Veiser-Streit gemahregelten Arbeiter durch das Bezirksamt zu unterstützen, erklärte Genosse Vanda für unsere Fraktion, daß es sich dabei um eine rein gewerkschaftliche Frage handle, die nicht vor die Bezirksversammlung gehöre. Ein Teil der Veiser-Arbeiter hätte sich durch eine gewissenlose und unfähige KPD-Organisation in einen sinnlosen Streit begeben lassen. Wenn jetzt ein Teil dieser Arbeiter auf die Straße gesetzt werde, möge er sich bei der KPD und der SPD dafür bedanken. Wo Notstände im Sinne der Wohlfahrtsgesetze vorliegen, müsse selbstverständlich das Wohlfahrtsamt eingreifen; aber eine generelle Unterstützung aller Gemahregelten könne schon aus gewerkschaftlichen Gründen nicht empfohlen werden. Der im Sinne dieser Ausführungen abgeänderte kommunistische Antrag wurde daraufhin von der Bezirksversammlung angenommen. — Ein Antrag auf umfassende Gewerkschaftshilfe, dessen Durchführung der Stadt beinahe eine halbe Milliarde Reichsmark kosten würde, wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Genosse Weinberg führte dazu aus, daß die Stadtverordnetenversammlung einen besonderen Ausschuss für die Gewerkschaftshilfe eingesetzt habe, der dieses Gebiet außerordentlich ernst und sachlich bearbeite, daß es aber nicht zu den Obliegenheiten der Bezirksversammlung gehöre, solche zentral zu regelnden Angelegenheiten zu erledigen. — Bei einer Rede des kommunistischen Stadtverordneten Dröll kam es dann auf der Tribüne zu schweren Tumulten, über die der „Vorwärts“ bereits an anderer Stelle des Blattes berichtet hat. Erst nachdem die Tribünen geräumt waren, konnte die Bezirksversammlung ihre Beratungen fortsetzen. Die Kommunisten waren über ihren Erfolg auf den Tribünen außerordentlich kleinlaut, und so gelang es denn, die übrigen Vorlagen sehr schnell zu beraten und zu verabschieden.

über die Undurchführbarkeit befehrt hatte. — Ein anderer Antrag gleicher Herkunft betr. Heizungsparmaßnahmen in der 17. Gemeindefolge wurde gegenstandslos, als vom Bezirksamt festgestellt wurde, daß es sich im vorliegenden Fall gar nicht um Sparmaßnahmen handelt, vielmehr um einen Schaden in der Heizung, dessen Abstellung schon vor dem Antrag in die Wege geleitet wurde. Angenommen wurde ein Antrag, den Magistrat um Aufhebung dieser Sparmaßnahme in den Schulen überhaupt zu ersuchen. — Längere Erörterung verursachte ein neuer nationalsozialistischer Antrag zur Hebelstraße-Angelegenheit. Nachdem die Herren die Gelegenheit des Stadtverordneten-Ausschusses in drei Sitzungen untätig verpaßt hatten, machten sie sich in öffentlicher Sitzung bemerkbar durch einen Antrag auf sachliche Nachprüfung der Hochbaurechnung jenes Baues. Zur Vereinfachung wurde gleich ein Razimann als Vorsitzender der Prüfer mit dem Recht der Zuziehung weiterer Kräfte beauftragt. Vom Bezirksamt legten Stadtrat Genosse Hörtlich und Bürgermeister Augustin dar, daß die Stadt nur die Gründung des Hauses übernommen hatte, die genau und streng überwacht, nach der Baupolizei ausgeführt wurde. Die Ausführung des Oberbaues war Sache des Bauunternehmers, wurde aber gleichfalls vom Bezirksamt sorgsam geprüft. Die Ueberprüfungen des Voranschlags ergaben sich aus den besonderen Umständen, sind, wie von sachmännlicher Seite darauf hingewiesen, auch sonst im Bauwesen nicht ungewöhnlich. Von den verschiedenen Parteien wurde den Antragstellern der Widerspruch zwischen ihrem Verfahren: öffentlich zu verdächtigen und auszukleimen, wo es sich um Begründung und Beweise handelt, aufgezeigt, schließlich die Sache durch Uebergang zur Tagesordnung abgetan. — Abgelehnt wurde auch ein Antrag aus derselben Quelle, der bei Einstellung von Hilfskräften die Benutzung der „Tascharbeitsnachweise“ anstatt eigenmächtigen Verfahrens der Amtsstellen fordert. Stadtrat Dr. Zimmermann legte dar, daß die Praxis des Bezirksamtes den Bedürfnissen der Amtsstellen, der Abhilfe besonderer Notstände und dem Tarifvertrag entspreche. Genosse Weidlich betonte die Notwendigkeit, Tarifabkommen und öffentlichen Nachweis zu berücksichtigen.

Sozialdemokrat als Vorseher.

15. Bezirk - Treptow.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Februar-Bezirksversammlung gab der Genosse Becker folgende Erklärung ab: „In der Bezirksversammlung am 17. Dezember 1930 hat der Bezirkssozialdemokrat (KPD) unseren Parteifreund Lehmann wegen einer Äußerung bezüglich des Verhaltens der kommunistischen Betriebsräte des Kabelwerks Oberspre bei Beendigung des Metallarbeiterstreiks tödlich angegriffen. Wir stellen hierzu folgendes als Tatsache fest: Mit dem 31. Oktober 1930 ging auf Beschluss der streikführenden Gewerkschaften der Streik zu Ende. Die A.G.B. Direktion hatte hierzu an sämtliche Arbeiter Karten versandt mit der Mitteilung, daß jeder, der sich bis zum 31. Oktober 1930 nicht zur Arbeit melde, sich als kassiert zu betrachten habe. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, deren Führer im Kabelwerk Herr Lehmann ist, habe zum Weiterstreiken aufgerufen. Die kommunistischen Betriebsräte meldeten sich trotzdem im Laufe des Vormittags des 31. Oktober im Einstellungsbüro zur Arbeit, gingen dann zu ihrem Meister und machten ihm die Mitteilung, daß sie am Sonnabend, dem 1. November 1930, mit der Arbeit beginnen würden, da sie heute noch etwas zu erledigen hätten. Hierzu gehörte auch der Bezirkssozialdemokrat.“ Zur Wahl des Vorsehers wurde von den Sozialdemokraten wieder Genosse Strieder vorgeschlagen. Die Bürgerlichen verzichteten diesmal auf einen Vorschlag, während die Kommunisten einen eigenen Kandidaten präsentierte. Mit überaus großer Mehrheit wurde der Genosse Strieder wieder zum Vorseher gewählt. Die übrigen Wahlen erfolgten im

Einvernehmen der Fraktionen. Einer Reihe von Beamtenstellungen wird die Zustimmung erteilt. Mit dem Erwerb eines Grundstücks in Alt-Lienicke erklärt sich die Vermählung einverstanden. Dem Verkauf von Straßenland an der Scheiberstraße wird zugestimmt. Einem Antrage betr. Abföhrung der Fahrzeiten der Straßenbahnlinie 169 und der U-Bahn wird zugestimmt. Auf Vorschlag des Genossen Riedel wird sich die Baudeputation in ihrer nächsten Sitzung mit der Rückverlegung der Haltestelle der Straßenbahn von der Berliner Straße nach der Brückenstraße in Berlin-Niederschöneweide beschäftigen. Des ferneren beschloß die Bezirksversammlung, das Bezirksamt zu ersuchen, sich mit der Eisenbahn-Direktion in Verbindung zu setzen, um den Preis der Wochenfahrkarten entsprechend der eingeföhrten 40-Stundenwoche herabzusetzen. Genosse Becker empfahl, diese Maßnahme durch Eingaben der im Bezirk zahlreich vorhandenen Betriebe zu unterstützen.

Gegen die Massenkündigung.

17. Bezirk - Lichtenberg.

Die Bezirksversammlung am letzten Mittwoch war reich an Zwischenfällen. Nazis und Kozis waren in ihrem Element. Im Verein mit den Deutschnationalen hatten beide radikalen Fraktionen sich in der Stellung von Anträgen zu überbieten gelübt. Dabei kam es ihnen weniger auf den Inhalt als auf die Zahl der Anträge an. Jedenfalls gaben die Anträge den Kommunisten reichlich Gelegenheit, ihre satirisch-bekannteren Agitationsreden zu halten. Überall hingehören mögen, nur nicht in eine Bezirksversammlung. Befeldigungen und Ordnungsrufe kennzeichneten den Tiefstand gewisser Parteien. Zum Schluß erlebte man das unwürdige Schauspiel, daß ein kommunistischer Bezirksverordneter wegen dauernder Unfähigkeit den Saal verlassen mußte. Trotzdem gelang es, dank der sachlichen Arbeit und der disziplinierten Haltung unserer Genossen, zu Beschlüssen zu kommen, die im Interesse der Arbeiterschaft unerlässlich waren. Einen kommunistischen Agitationsantrag wegen Verkürzung der Arbeitszeit quittierte die Versammlung mit Uebergang zur Tagesordnung, nachdem Genosse Riese vorher die sehr interessante Feststellung getroffen hatte, daß kaum ein halbes Prozent der städtischen Arbeiter in der sogenannten KPD organisiert ist. Ein Antrag der Bürgerlichen wegen Instandsetzung des Zugangs zur 31. Volksschule in Biesdorf-Süd wurde angenommen. In einem Antrag hatten die Nazis verlangt, daß Nähmaschinen für Schulzwecke nicht nur von einer bestimmten „fremdländischen“ Firma gekauft werden. In der Begründung aber zeigten diese merkwürdigen Arbeitervertreter eine so naive Auffassung von wirtschaftlichen Verhältnissen und den Notwendigkeiten einer Ein- und Ausfuhr von Waren, daß die Versammlung kurzerhand über den Antrag zur Tagesordnung übergang. Inzwischen aber hatte der Nationalsozialist Holz es sehr eilig gehabt, dem Bezirksamt ein Angebot einer heimischen Firma zu überreichen, von der man wohl vermuten kann, daß sie nur kassierte Arbeiter beschäftigt und vielleicht auch den Nazis die Kassen füllen hilft. Geschäft bleibt jedenfalls Geschäft. Mit Hilfe der Sozialdemokraten wurde schließlich ein Antrag angenommen, der den Magistrat ersucht, die Beiträge für die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger und die Mietbeihilfen zu erhöhen. Weiter hatte die sozialdemokratische Fraktion mit Rücksicht auf die in den letzten Tagen bekanntgemachten Kündigungen von städtischen Angestellten einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der vom Bezirksamt die sofortige Zurücknahme der Kündigungen verlangt. Der Antrag wurde angenommen.

Sieben Jahre Reichsbanner. In den Ausführungen im gestrigen „Abend“ hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen, den die Reichsbannerkameraden schon von sich aus richtiggestellt haben werden. Selbstverständlich bezieht sich die dort angegebene Mitgliederzahl nicht auf die Ortsgruppen, sondern auf die Spielmannszüge und Musikchöre!

Alt-Berlin. Die nächste Führung durch die verregneten Winkel des Alten Berlin veranstaltet das Bezirksamt Schöneberg unter Leitung Otto Baumbergers am Sonntag, dem 22. Februar, Treffpunkt 10 1/2 Uhr auf dem Spittelmarkt, Ausgans Untergrundbahn. Teilnahme 60 Pfennig.

Schloßgarten wird nicht Freifläche.

7. Bezirk - Charlottenburg.

Die Verhandlungen vom 18. Februar wurden, nachdem dem kommunistischen Schablonenantrag zur Arbeitslosenfrage durch Einspruch von rechts die Dringlichkeit verweigert worden war, hauptsächlich durch nationalsozialistische Anträge ausgefüllt. Doch haben die Antragsteller wenig Erfolg und Ruhm geerntet. Zunächst stimmte die Versammlung den Vorschlägen der Vorlage zu, durch die die Ausweisung des Schloßgartens als Freifläche angeht, die den Widerstand der staatlichen Schloß- und Gärtenverwaltung zurückgezogen wurde. — Zugestimmt wurde dem Verkauf eines Stückchens Straßenlandes an die Reichsbahn, die dort einen neuen Zugang zum Bahnhof Jungfernheide anlegen will. — Ebenso dem Bericht des Verbrauchsausschusses über Verlegung der Straßenbahnlinie am Kurfürstendamm auf den Reitweg, wobei leider, aber aus Verkehrsrücksichten unvermeidlich, die in der Straßennitte stehenden Bäume geopfert werden müssen. Doch soll der Fohrbahn eine möglichst freundliche Einrahmung erhalten. — Ein Antrag der bürgerlichen Fraktion gegen Bebauung des Geländes zwischen Heerstraße und Eldkamp wurde zurückgezogen. — Desgleichen der nationalsozialistische Antrag auf Verlegung der Deputationsakten vor den Sitzungen, nachdem der Bürgermeister die Antragsteller

Heute zu Tietz:

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Preise nur Freitag u. Sonnabend. Fleisch u. leichtverderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen. Mengenergebnisse vorbehalten. Verkauf sowohl Vorrat. Zuwendung von Lebensmitteln erfolgt bei Bestellung von 5,00 an

Wurstwaren

Königsb. Fleck 2 Dos. 0,95
Sülze Pfd. 0,48
Speckwurst Pfd. 0,78
Landleberwurst Pfd. 0,88
Fleischwurst Pfd. 0,88
Dampfwurst Pfd. 0,88
Jagdwurst Pfd. 1,05
Mettwurst
Braunsch. Art. Pfd. von 1,08 an

Wien. Würstchen Pfd. 1,08
Feine Leberwurst Pfd. 1,25
Hildesheimer Pfd. 1,35
Zervelat Pfd. 1,40
Salami Pfd. 1,40
Teewurst Pfd. 1,50
Speck fett Pfd. 0,85
Speck mager Pfd. 1,12
Schinken gekocht, 1/2 Pfd. 0,45

Fische und Räucherwaren

*Seelachs gr. & k. l. g. Pfd. 0,16
*Schellfisch Pfd. 0,18
*Kabeljau gr. & k. l. g. Pfd. 0,20
*Rohbars Pfd. 0,24
*Kaisfisch abgezogen Pfd. 0,30
*Kabeljaufilet Pfd. 0,35
*Zander im Ganzen Pfd. 0,33
*Amur-Lachs l. gr. Pfd. 0,55
*Amur-Lachs l. k. Pfd. 0,75

*Gr. Heringe belg. SPfd. 0,78
Bücklinge .. Pfd. von 0,26 an
Schellfisch geräuch. Pfd. 0,48
Seelachs geräuchert Pfd. 0,48
Fiandern geräuch. Pfd. 0,48
Stückenflundern Pfd. 0,48
Rohbars geräuchert Pfd. 0,48
Steinbeisser ger. Pfd. 0,58
Port. Olsardinen SP. 0,95
*In allen Häusern autor. Adressat.

Kolonialwaren

Brudreis Pfd. 0,15
Ital. Reis Pfd. 0,22
Moulin-Reis Pfd. 0,28
Eierbandnudeln Pfd. 0,46
Eiermakaroni Pfd. 0,56
Eierfadennudeln Pfd. 0,48
Viktoria-Erbsen Pfd. 0,18
Bohnen, Linsen Pfd. 0,18

Polierte Erbsen .. Pfd. 0,30
Bakobst ... Pfd. von 0,40 an
Pflaumen Pfd. 0,48, 0,38, 0,28
Pflaumen getrocknet Pfd. 0,50
Pflaumsche Pfd. 0,62
Krümelschokoladen-Pulver Pfd. 0,85
Tee loose Pfd. 3,80 an

Konserven

Stangenspargel stark 2,28
Stangenspargel 20/80 1,85
Stangenspargel dünn 1,48
Junge Erbsen fein II 0,88
Junge Erbsen 0,62
Gem. Gemüse mittelgroß 0,90
Berliner Allerlei 0,70
Gemischtes Gemüse aus getrockneten Erbsen 0,45
Spinal 0,42

Kohlrabi l. Schalen m. Gr. 0,33
Karotten geschnitten .. 0,27
Erdbeeren 1,30
Sauerkirschen abgetrocknet 1,20
Span. Aprikosen 1/2 Pfd. 0,98
Heidelbeeren 0,80
Konfitüre Himmler ca. 2 Pfd. Aprikosen 1,10
Johannisbeeren 1,10
Erdbeer, Himbeer ... 1,30

Fette und Käse
Molkereibutter .. Pfd. 1,58
Tafelbutter Pfd. 1,64
Margarine Pfd. 0,40
Kokosfett Pfd. 0,40
Bratenschmalz ... Pfd. 0,64
Rohschmalz Pfd. 0,65
Romadour 20 % 2 St. 0,25
Harzer Pfd.-Paket 0,35 15 St. 0,28
Allg. Stangenkäse Pfd. 0,45

Tilsiter a. Binde, 20%, Pfd. 0,70
Tilsiter vollfett Pfd. von 0,88 an
Briekäse vollfett Pfd. 0,88
Steinbuscher vollf. Pfd. 0,88
Edamer vollfett Pfd. 0,90
Holländer vollfett Pfd. 0,90
Dän. Schweizer Pfd. 0,80
Emmentaler a. Binde, 20%, Pfd. 0,98
Schweizer Pfd. 1,18

Obst und Gemüse
Tafeläpfel Pfd. 0,48, 0,38
Apfelsinen 4 Pfd. 0,82
Blutapfelsinen 3 Pfd. 0,72
Jaffa-Orangen 3 Pfd. 0,95
Bananen 3 Pfd. 0,98
Reife Pfd. 0,10
Möhren gewaschen Pfd. 0,05
Rohkohl Pfd. 0,06
Weisskohl Pfd. 0,06

Wirsingkohl Pfd. 0,06
Grünkohl Pfd. 0,10
Schwarzwurzeln Pfd. 0,22
Blumenkohl Kopf v. 0,30 an
Rosenkohl 2 Pfd. 0,55
Sellerie 3 Pfd. 0,20
Rhabarber Bund 2 Pfd. 0,38
Zwiebeln 3 Pfd. 0,20
Kartoffeln 10 Pfd. 0,28

Gänse gefroren Pfd. von 0,76 an	Wolghühner gefroren Pfd. von 0,92 an	Hühner frisch Pfd. 0,94
Hirschkeule Pfd. 1,15	Hirschblätler Pfd. 0,82	Wildschweinerücken ... Pfd. 0,95 Wildschweinkeule Pfd. 1,10

Frisches Fleisch

Schweinebauch a. Belg. Pfd. 0,78	Kalbschnittel ... Pfd. von 1,70 an
Schweineblatt Pfd. 0,80	Kalbsrouladen (wollt Pfd. von 1,30 an
Schweineschinken m. Belg. Pfd. 0,86	Kalbskotelett Pfd. von 1,20 an
Schweinekamm oder Schuff ohne Beilage Pfd. 0,94	Hammelvorderfl. Pfd. v. 0,94 an
Schweinekotelett Pfd. von 0,98 an	Suppenfleisch Pfd. von 0,74 an
Kassler mild Pfd. von 0,92 an	Schmorfleisch (Kais. & K., Pfd. von 1,20 an
Rückenfett bratfertig Pfd. 0,68	Roulade Pfd. 1,30
Eisbein m. Spitzbaun, gepökelt Pfd. 0,68	Roastbeef a. Knochen Pfd. von 1,38 an
Kalbskarr a. Belg. Pfd. v. 0,74 an	Rinderbacken a. Knoch. Pfd. 0,58
Kalbsbrust od. Rücken Pfd. v. 0,82 an	Rinderherzen Pfd. 0,58
Kalbskeulen bis 9 Pfd. schw. Pfd. 0,92	Rinderlungen Pfd. 0,48
ganz oder geteilt. Pfd. 0,92	Euter Pfd. 0,34
	Schweineköpfe m. Backen Pfd. 0,44

Hammelvorderfl. gefror. Pfd. v. 0,58 an	Suppenfleisch gefr. Pfd. v. 0,68 an
Hammelerücken gefroren Pfd. 0,70	Schmorfleisch a. k. gefror. Pfd. 1,08
Hammelkeule gefroren Pfd. 0,80	Rinderleber gefroren Pfd. 1,16

Rheinpfälzer Weisswein oder roter Johannisbeerwein aus exakt Qualität Liter 5 Liter
0,85 4,00

WEINE • SPIRITUOSEN
1929er Oberhaardt-Malkammerer 1/2 Fl. 10 Fl.
1928er Ingelheimer Rotwein **0,85 8,00**
Roler Johannisbeerwein I. Qualität
1929er Brülliger Mark
1929er Waldgrüner Sonnenberg... **1,10 10,50**
Aller Tarragona rot. Grünkapsel ...
1929er Dürkheim-Feuerberg Rotwein
1927er Schloss Böckelheimer 1,45 14,00
1928er Niersteiner Domtal 1,60 15,00
1928er Oberemmer Rosenberg .. 2,10 20,00
Preise ohne Flasche

Alter Malaga
dunkel und süß
Liter 5 Liter
1,45 7,00

UNSERE SPEZIALITÄTEN:
Deutscher Weinbrand ...
Jamalca-Rum-Verchnitt, 6%
Liter **4,60**

Oppermann-Cabinet 1/2 F. 3,60 5 Fl. 17,80 mit vorgel. Trauben-Schwanwein F. 3,60
St. 17,80 mit vorgel. Trauben-Schwanwein F. 3,60

Nordhäuser Korn
„A. Schmidt, Nordhäuser“
Breslauer Korn
„Schönewald, Breslau“
Deutscher Weinbrand ...
Liter **4,00**

IN UNSEREN HÄUSERN LEIPZIGER STRASSE UND ALEXANDERPLATZ:

DONUTS

(amerikanische Kringle). Das Qualitätsgebäck! Ohne Hefe! Reiner Biskuitteig! Sehr bekömmlich! Prima Qualität! Vorzüglich als Frühstücks- und Nachmittagsgebäck! Donuts sind auf amerikanischen Doughnut-Maschinen gebacken

3 Stück 0,25

Reichsbahn und Lastautoverkehr.

Der Schenker-Vertrag im Reichstag.

Nach viertägiger Pause setzte der Reichstag am gestrigen Donnerstagnachmittag die Haushaltsberatung beim Reichsverkehrsministerium fort.

Abg. Chwolek (Komm.) bekämpft die Ausgaben für Subventionierung der Luftfahrt und für den Reichspostdienst. Der Geschäftsbericht der Reichsbahngesellschaft verhöht die 370 000 Unklopper, indem er ihnen die Schuld an den Unfällen zuschreibt. Unheilrentenleistungen, Fehlerschichten, Lohnabbau treibt auch die Reichsbahn, die Krankenanstalten hat auch sie verschlechtert. Die Sozialdemokratie hat all dem zugestimmt.

Abg. Mollath (Bsp.) bespricht den Schenker-Vertrag; dieser Vertrag sei mit Recht der Verfallener Vertrag für das deutsche Transport- und Fuhrgewerbe genannt worden. Er bedeutet den endgültigen Zusammenbruch großer Teile des deutschen Transportgewerbes. Seine politische Wirkung muß weitere Volksradikalisierung sein. Von verlässiger Rationalisierung kann da gar keine Rede sein.

wo ist denn durch Rationalisierung schon etwas verbilligt worden?

Der Gedanke, dem Kraftwagenverkehr eine Ausgleichsabgabe für die Beeinträchtigung der Reichsbahn aufzuerlegen, ist ebenso reaktionär, als wenn man heute die Elektrizität verbieten wollte. Autobahnenförderung leistet in Stunden, was auf der Bahn tagelang braucht. Berechtigt ist dagegen eine Staffelung der Autosteuer auch nach der Menge der gefahrenen Kilometer, denn wer die Straßen mehr benutzt, muß auch mehr zu ihrer Erhaltung beitragen. Die Zwangsbeimischung von Spiritus zum Autobrennstoff ist mit 30 Millionen Verwaltungskosten des Spiritusmonopols belastet.

Der Ertrag der Autosteuer muß vollständig dem Straßenbau zugewendet werden.

Das wäre bei der bedrohlichen Abminderung unserer Straßen viel wichtiger, als neuer Autofahrerprojekten nachzugehen, deren Rentabilität sehr zweifelhaft ist.

Reichsverkehrsminister von Guérard

verweist auf die notgedrungenen Einschränkungen des Haushaltsplans trotz einer beiderseitigen Erhöhung einiger Einnahmen. Die Einschränkung zwingt zur Verringerung mancher Arbeiten im Wasserbau usw. Und durch Gesetz sind die Haushalte der nächsten drei Jahre auf diesen Haushalt beschränkt. Eine besondere Abteilung in meinem Ministerium hat jede Bauaufgabe auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Die wünschenswerte Vereinfachung der Verkehrsmittel kann nicht durch Ausschaltung aller Konkurrenz erreicht werden. (Zustimmung der Wirtschaftspartei.)

Wenn wir propagieren, es soll kein Deutscher ins Ausland reisen, so halten wir den Fremdenzulauf von Deutschland ab, der Frankreich, Italien usw. um so mehr Geld ins Land bringt.

(Sehr richtig!) Eine gewisse Erleichterung auf dem ausländischen Geldmarkt erweckt zwar Hoffnungen, aber rechtserfüllt noch nicht eine Lockerung am Haushalt. 150 Millionen sind bis auf den letzten Pfennig für Mehr-Einkaufsbeschaffung bei der Reichsbahn verwendet worden, außerdem noch 162 weitere Millionen. Ob das auch 1931 möglich sein wird, ist um so zweifelhafter, als die Reichsbahnneimnahmen ein außerordentlich unbefriedigendes Bild geben; die Jahreseinnahmen 1930 ist die niedrigste seit Beendigung des Ruhrkampfes.

Der Schenker-Vertrag erschwert die Verkehrspolitik, die wir betreiben, und es ist nicht Aufgabe der Reichsbahn, Verkehrspolitik außerhalb ihres Geschäftsumfanges zu treiben, das ist meine Aufgabe.

(Sehr richtig!) Wie eine Bombe schlug dieser Vertrag in die Wirtschaft. Er hat mich vollkommen überrascht, ich habe ihn erst durch einen Abgeordneten erfahren und habe der Reichsbahn meine schweren Bedenken mitgeteilt und betont, daß der Vertrag der Genehmigung der Regierung unterliege. § 32 des Reichsbahngesetzes verpflichtet die Reichsbahn, der Regierung jede finanzielle Auskunft zu geben. Die Reichsbahn hat auf all das nicht geantwortet, sondern nur den Vertrag vorgelegt. (Hört! hört!) Ich stelle fest, daß nach dem Reichsbahngesetz und nach dem BGB. dieser Vertrag ohne Genehmigung der Reichsregierung rechtsunwirksam ist. (Lebhafte Zustimmung!)

Gegen den kommunistischen Redner sagt der Minister: Wie haben keine 200 Verkehrsflugzeuge — Frankreich allein hat 3000 Militärflugzeuge;

Rußland hat 200 Millionen für die Verstärkung der zivilen Luftflotte allein bewilligt.

Wenn wir nur unseren Luftverkehr aufrechterhalten wollen, können wir die Subvention für die Luftbahn nicht weiter einschränken. Das Reich auch unserer Flugverbindungen mit dem Ausland wird immer weiter ausgedehnt, im Sommer kommt Berlin—Rom dazu. — Der Minister zählt eine Reihe neuer Flugpost- und Personen-

verbindungen auf. — Reich und Länder sind in großer Sorge um die Erhaltung unserer Straßen; es ist ganz ausgeschlossen, Beträge aus der Kraftfahrsteuer für Luxusstraßen zu verwenden. (Zustimmung.) Schließlich beantwortet der Minister eine Interpellation über den

Flaggenwechsel des Dampfers „Vogelnd“;

dabei scheint der Minister, der nicht gut zu verstehen ist, anzunehmen, daß eine Änderung des Seerechts angestrebt werden soll, wonach ein solcher Flaggenwechsel von der Genehmigung des Heimatlandes abhängig gemacht werden sollte.

Abg. Hünlich (Soz.):

Bei aller Einschränkung müßten doch wenigstens manche öffentlichen Arbeiten fortgeführt werden. Wenn schon der Mittellandkanal noch immer nicht fertiggestellt wird, so sollten doch gewisse kleinere Kanalbauten, die damit in Zusammenhang stehen, nicht noch länger hinausgeschoben werden. Dasselbe gilt von der Verbreiterung und Vertiefung des Dortmund-Ems-Kanals und von dem Ausbau der Oder.

In dem Konkurrenzkampf zwischen Reichsbahn und Lastkraftwagenverkehr muß ein Ausgleich geschaffen werden. Da das Kraftwagensteuergesetz am 31. März abläuft, wird dann die Gelegenheit sein, die steuerliche Benozung der Lastkraftwagen, die doch die Straßen ungeheuer stark beanspruchen, zu berechnen und einen gerechten Ausgleich zu schaffen.

Die Behauptungen, als ob der Schenker-Vertrag nun das ganze Speditionsgewerbe zum Untergang verurteile, sind eine gewaltige Übertreibung.

Es bestehen im Speditionsgewerbe Risiken, an deren Beseitigung zu arbeiten auch für die Reichsbahn verbienlich wäre. Wir stimmen dem Schenker-Vertrag nicht etwa zu, und auf keinen Fall hätte die Reichsbahn so vorgehen und den Reichsverkehrsminister umgehen dürfen. Gegen eine so bedauerliche Art des Verhaltens zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsbahn kann nicht scharf genug protestiert werden. (Sehr richtig!)

Der Zwang, dem Autobenzin Spiritus beizumischen, hat längst unseren Ladel herausgefordert. Um dem deutschen Kartoffelbau eine Unterstützung zu gewähren, verbrennt man Kartoffeln für 12 bis 15 Millionen zu Spiritus, der dann dem Autobenzin beigemischt werden muß. Aber der deutsche Kraftverkehr zahlt für diese Beimischung 46—50 Millionen Mark, weil

die Verwaltungskosten für diese 800 000 hektoliter Spiritus 30 Millionen Mark betragen.

(Hört! hört!) Das ist eine ganz unnötige und nutzlose Belastung. Wenn aber nun gar noch der Beimischungszwang auf 25 Prozent gesteigert würde, wie es agrarische Wünsche fordern, so würde man damit der Autoverkehrswirtschaft einen tödlichen Schlag versetzen.

Als der Redner sich nun der Luftfahrt zuwendet, unterbrechen ihn die Kommunisten, denen er antwortet: Sie sollten doch auch hier die russische Auffassung über Luftfahrt vertreten. Rußland wendet dreimal soviel als wir für die Luftfahrt auf. (Zuruf der Kommunisten: Für imperialistischen Krieg!) Diese Leitartikelphrasen stehen zu den wirklichen Verhältnissen in vollem Widerspruch. Deutschland muß im Luftfahrwesen eine bestimmte Entwicklungslinie erreichen, um nicht vollständig ins Hintertreffen zu gelangen. Das ist nur möglich durch beträchtliche Aufwendungen aus der Reichstasche. Andere Länder können durch ihre Militärluftfahrt einen gewissen Ausgleich schaffen, wie nicht, wohl aber Rußland.

Wir müssen also trachten, den Vorsprung einzuholen, den andere Länder im Flugzeug- und Motorenbau gewonnen haben.

Dringend notwendig ist die Errichtung eines Luftamtes als sachkundige, unbelastete und unabhängige Behörde zur Untersuchung der Ursachen von Unfällen, wie das die Seemänner in der Seeschifffahrt längst mit großem Erfolg tun.

Das Reichsverkehrsministerium hat die Aufgabe, den gesamten Verkehr im Reich möglichst zusammenzufassen. Erschwert wird das durch die Selbstständigkeit der Reichsbahn und durch die Länderrechte an den Straßen und Wasserstraßen. Wenn aber das Ministerium

die großen Linien einer einheitlichen Verkehrspolitik

auffstellt, so wird die Zustimmung der Öffentlichkeit und des Reichstages ihm die Kraft geben, auch die Vereinheitlichung herbeizuführen. (Lebhafte Beifall der Soz.)

Abg. Dr. Hugo (D. Bp.) wendet sich aus Gründen der Wirtschaftsfreiheit scharf gegen den Schenker-Vertrag.

Abg. Wünsch (Stoizsp.) verweist die unter der Reparationslast stehenden Reichseisenbahnen auf den Weg der Revision des Young-Plans und wirft der Reichsbahn vor, daß sie im Gegensatz zur Privatwirtschaft sich am Preisabbau nicht beteiligt. Der Schenker-Vertrag ist genehmigungspflichtig; er muß verbessert und seine Durchführung von einem besonderen Ausschuss überwacht werden.

Abg. Dr. Kolle (D.-Hann.) verlangt unter anderem die Wiedereinführung der früheren Verbilligung der Ferienonderzüge und starke Hochpreismäßigung auch für Kinder über 10 Jahre und für Reisegesellschaften von 10 Personen. Frankreich, Belgien und andere Länder geben Familien bedeutende Ermäßigung. Kilometerhefte und ermäßigte Bahnrückfahrkarten sollte man einführen. (Beifall.)

Abg. Dr. Schaeider-Dresden (D. Bp.): Die Fertiginindustrie befördert ihre Erzeugnisse vielfach nur noch mit Lastautos, zumal die Reichsbahn gerade die Beförderung leichterer Güter auf kurze Strecken bis auf 380 Prozent der Vorkriegshöhe verteuert hat.

Gegen 20 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf heute, Freitag, 15 Uhr; außerdem Abstimmungen über die Änderung des Pressegesetzes, Haushalte der Kriegskassen, der Ruhegehälter und des Rechnungshofes.

Industrie gegen Schiele.

Eine Entschliebung des Reichsverbandes der Industrie.

Der Exportförderungsausschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Deutschen Industrie- und Handelstages hat in seiner letzten Sitzung folgende Entschliebung angenommen:

„Der vom Reichsverband der Deutschen Industrie und vom Deutschen Industrie- und Handelstag gemeinsam gebildete Exportförderungsausschuss muß auch heute wieder am Eingang seiner Beratungen mit aller Entschiedenheit feststellen, daß jede Tätigkeit zur Förderung der Ausfuhr, die von der Wirtschaft oder von der Reichsregierung unternommen wird, fruchtlos und vergeblich sein wird, wenn nicht die bisherigen Grundsätze unserer Handelspolitik aufrechterhalten bleiben. Jede Erschütterung des Handelsvertragsystems, wie sie von landwirtschaftlicher Seite gerade heute wieder gefordert wird, und die Ueberspannung der landwirtschaftlichen Zollforderungen werden im Zustand weitere Erbitterung und Gegenmaßnahmen auslösen, die sich durch noch weitere Verschlechterung der Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten am Auslands- und Heimatmarkt auswirken werden. Auch der Exportförderungsausschuss des Deutschen Industrie- und Handelstages und des Reichsverbandes der Deutschen Industrie muß in dieser ersten Stunde diese Feststellung allen zuständigen Stellen gegenüber mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck bringen.“

Zeitgemäß. Die „Kreuzzeitung“ kündigt eine Broschüre der „Aufrechten“ an, die den spannenden Titel führt: „Der Kaiser geflohen?“ — Uns erscheint aber die Herausgabe einer Schrift an der Zeit, die etwa heißen müßte: „Lebt Wilhelm noch?“

A·HEFTER
SEIT 75 JAHREN

Hefters Qualitätsfleischwaren
nach Wunsch küchenfertig hergerichtet:

- 1a Ochsenfleisch feinster Stallmast
- 1a Lammfleisch feinster Stallmast
- 1a Mastkalbfleisch

Neue Preisermäßigung für Heftersfeine Aufschnittwaren

Gutfleischwurst, Gutsleberwurst
Spezial-Leberwurst, Spezial-Fleischwurst
Zungenwurst, Edel-Beckschinken
Nusschinken, Pariser Lechschinken
Zerretwurst, Salami, Kalbsleberwurst

Hefters Sonderangebote

1a Rinderrouladen	per Pfund	Mk. 1.40
Suppenfleisch	von Mk. an	0.90
Kassler Schuft	Mk.	0.90
Fetter Speck		0.85
Schinkenscken		0.92
Schinkenwurst		0.80
Bratenfleisch		0.70
Hefters Regensburger	Stück	0.25
Brüh-Polnische		0.88
Frische Suppenbühner		
hiesiger Schlachtung		1.10
Brechbohnen, Isdenfrei	Dose	0.54
Feinste deutsche Tafel-Butter		1.62
Ostardinen	Portionsdose	0.23

Hefters neue Spezialität:
Rheinische Jagdwurst, ausgezeichnet durch Güte und Wohlgeschmack per Pfd. 1.60

Terzop. für alle Filialen: A & M Merkur 8040-8045

erst einmal bald öfter dann immer

A·HEFTER

Ja, verehrte Hausfrau!

Bei **Mühlen Franck**

Mühlen Franck

merken Sie sehr viel vom Preisabbau und von der Billigkeit.

Mühlen Franck ist ausgiebiger, kräftiger, gehaltvoller, daher viel billiger, viel preiswerter als andere Kaffeewürzen.

Mühlen Franck die gute Würze zu jedem Kaffee!



Deterding schlägt Rockefeller

Von Ludw. Denny

Der Besuch Henri Deterdings in Deutschland hat die allgemeine Aufmerksamkeit auf seine Person gerichtet, auf eine Person, die es im Allgemeinen trefflich versteht, sich im Hintergrund der Geschäfte zu halten. Welche Rolle er im Kampf um eines der wichtigsten Weltwirtschaftsgebiete, das Erdöl, spielt, wird in diesem Romanblatt formenberber Facit in Ludw. Denny's Bericht "Deterding - Rockefeller" geschildert. Mit Erlaubnis des Verlages Dr. H. H. Müller, Leipzig, bringen wir hieraus den folgenden Abschnitt:

Die Londoner Regierung ging nach dem Waffenstillstand daran, die Erdölrechte der Welt unter britische Kontrolle zu bringen.

Eine ministerielle Petroleum Imperial Policy Commission wurde ins Leben gerufen. Während des Krieges hatte die Regierung vorübergehend Aktien der Koninkliffe-Shell von britischen Staatsbürgern übernommen. Die neue Petroleum Commission und Sir Henri trafen nunmehr Vorkehrungen, die bezweckten, daß die Dutch-Shell in Friedenszeiten unter private britische Leitung gestellt werde, welche Leitung bei drohender Kriegsgefahr rasch an die britische Regierung selbst übergehen könnte. Die Vollendung der Umstellung der Flotte von Kohle auf Öl wurde angeordnet. Eine gleiche Umstellung wurde bei der Handelsflotte verfügt. Im Jahre 1921 war die Regierung in der Lage mitzuteilen, daß „über 90 Proz. der britischen Flotte (gegenüber 45 Proz. vor dem Kriege) Oelfeuerung besitze und daß das gleiche in einem stetig anwachsenden Prozentsatz bei der Handelsflotte der Fall ist“. Eine ständige Erdölreserve, genügend für Kriegsoperationen während der Dauer eines Jahres, wurde in England aufgestellt.

Das auswärtige Amt machte alle erdenklichen diplomatischen Anstrengungen, um Rechte auf Konzessionen im Nahen Osten und anderwärts zu verteidigen und zu erweitern. Britische Gesellschaften wurden aufgefordert, begünstigt der Erwerbung von Gebieten und Rechten im Ausland entschlossen vorzugehen.

Als Schlussmaßnahme in diesem Feldzugsplan zog Großbritannien seine Ausschließungspolitik Ausländern gegenüber noch strenger an und verhinderte, daß Amerikaner Erdölgebiete oder Aktienbesitz in britischen Gesellschaften erwerben.

Diese Maßnahmen brachten Großbritannien immer mehr in Konflikt mit dem State Department der USA und amerikanischen Gesellschaften und hatten Amerikas Erwachen zur Folge.

Die Amerikaner hatten über die Lehren des Weltkrieges auf dem Oelgebiet nachgedacht. Nachrichten über den britischen Feldzug zur Erlangung der Erdöl-Hegemonie riefen eine amerikanische Reaktion hervor, die ein Gemisch von Selbstbewußtsein hinsichtlich des Erdöls und antibritischem Nationalismus war.

Britische Schriftsteller neigen dazu, über dieses Erwachen Amerikas die Ähneln zu zuden. Sie schreiben es hauptsächlich der Propaganda der Standard Oil Company und ihrem Einfluß in Washington zu. Vielleicht ist dem so. Wenn es aber der Fall ist, so muß man bedenken, daß die Engländer selbst das Bild gemalt hatten, und auch die düstersten Farben von Künstlern in Rockefeller's Dienst das Bild nicht alarmierender machen konnten.

Daß die Standard durch die stets anwachsende britische Konkurrenz auf dem Weltmarkt schwer getroffen wurde, war klar. Der amerikanische Oelkönig schwebte in Gefahr, vom britischen Napoleon gestürzt zu werden. König John D. versuchte nun, mit seinem gefährlichsten europäischen Rivalen, der Koninkliffe, durch die gleiche Taktik fertig zu werden, durch die er seine zahlreichen amerikanischen Konkurrenten besiegt hatte. Er plante, entweder die Koninkliffe aufzukaufen oder, wenn ihm dies nicht gelingen sollte, einen Preiskampf zu beginnen, der die Koninkliffe in Bege des Bankrotts in seine Hand bringen müßte. Als die Standard im Jahre 1898 die Koninkliffe so gut wie gezwungen hatte, sich zu ergeben, war es der damals noch unbekannt Deterding, der die Situation rettete. Er erhielt ein Verlöblich von den Pariser Rothschilds. Nachdem er so finanzielle Verstärkung zur Fortführung des Preiskampfes mit der Standard erhalten hatte, schloß Deterding im Jahre 1902 mit der Shell ein Uebereinkommen ab zwecks gemeinsamen Auftretens gegen den amerikanischen Trust. Dies führte im Jahre 1907 zur Verschmelzung Dutch-Shell. Der frühere kleine Angestellte der Koninkliffe begann, sich den Titel „Erdölkönig“ zu verdienen.

Bald aber nahm die Koninkliffe-Shell neuerdings den Angriff auf, diesmal durch Eindringen in die Vereinigten Staaten.

Die Standard Oil begegnete der Ausdehnung der Koninkliffe-Shell in den Vereinigten Staaten durch Aufrütteln der Washingtoner

Regierung und Einsetzung der Propaganda „Britische Gefahr“. Deterding seinerseits erwiderte die Rockefeller-Propaganda damit, daß er amerikanischen Kapitalisten Minderheitspakete der amerikanischen Gesellschaften der Koninkliffe-Shell überließ.

Die Situation war im Jahre 1917 auf einem kritischen Punkt angelangt. Doch gerade damals traten die Vereinigten Staaten in den Weltkrieg ein. Im Auftrag von Washington wurde die anti-britische Propaganda gänzlich in eine probritische umgewandelt. An Stelle von Deterding wurde nunmehr der deutsche Kaiser zum Rang des Erzfeindes erhoben. Es folgte ein anglo-amerikanischer Erdöl-Waffenstillstand und amerikanische Oelquellen und Tanker lieferten 80 Proz. des „Blutes der Schlachten, das den Krieg gewann“.

Nach dem Waffenstillstand war der neue britische Erdölseidzug hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten konzentriert.

Während die Amerikaner redeten und schrieben, handelten die Engländer. Sir Henri setzte seinen Vorstoß in neue Erdölfelder fort. Er vereinbarte mit der holländischen Regierung, daß die Koninkliffe-Shell eine Monopolkonzession in den neuen Erdölfeldern von Djambi erhalten solle, über die damals die Meinung herrschte, daß sie die einzigen Felder in diesem Gebiet wären, die noch nicht durch die englische Gesellschaft geleitet würden. Vertreter der Standard Oil und Sinclairs, die sich beide um die Konzession bemühten, hörten von diesem Abbruch Deterdings. Das USA-Ministerium schrieb eine Note über die Heiligkeit der offenen Lücke an den Haag.

Aber diese Proteste im Haag blieben wirkungslos. Die Koninkliffe-Shell erhielt die Djambi-Konzession. Washington führte die angebrohten Repressalien, nämlich den Ausschluß der Koninkliffe-Shell aus den Vereinigten Staaten oder einen Generalboikott der holländischen Wirtschaft durch das amerikanische Kapital nicht aus. Der Verlust der Djambi-Felder war für die Rockefeller-Gruppe eine empfindliche Niederlage.

Die Engländer, noch nicht zufrieden damit, die Standard Oil und andere amerikanische Gesellschaften vom Nahen und Fernen Osten auszuschließen und selbst in die Vereinigten Staaten einzubringen, hielten einen neuen erfolgreichen Planenangriff gegen amerikanische Verhängerungen in Mexiko und den karibischen Ländern begonnen. Dies war ein taktischer Fehler. Die Washingtoner Regierung hatte besondere Interessen in diesem Gebiet.

Eine erdölfreundliche Regierung war in Washington am Ruder. Präsident Harding bekannte sich öffentlich als Freund des Großunternehmertums, das in so freigebigem Ausmaß zu seinen Wahlfonds beigetragen hatte. In Hardings Kabinett gab es mehrere Männer mit engen Beziehungen zum Erdöl.

Der bekannteste war Albert B. Fall, der Minister des Innern. Fall war ein Geschäftsfreund von Harry F. Sinclair und Edward L. Doheny, die damals nach den Rockefeller's die bedeutendsten amerikanischen Oelmagnaten waren. — Eine amerikanische Note wurde nach London gerichtet. Die Note war so scharf, daß sie nach Ansicht der Diplomaten „nicht druckfähig“ war. Sogar britische Regierungskreise wurden aufgerüttelt. Mitglieder der Londoner Regierung, die die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten für wichtiger ansahen als ihre Rolle in der Erdöl-industrie, bestanden auf einem allgemeinen Erdölkompromiß.

Die britische Regierung ernannte John Cadman zum Unterhändler mit New York und Washington. Sir John war britischer Unterhändler und Unterzeichner des Abkommens von San Remo gewesen. Er war jetzt eine leitende Persönlichkeit der Anglo-Persian. Er kam in die Vereinigten Staaten und brachte das britische Angebot eines Kompromisses mit.

Aber schließlich scheiterte dieser Plan einer anglo-amerikanischen Erdölverständnis. Sinclair, der Bundesgenosse des Ministers Fall, war unberücksichtigt geblieben. Während die Engländer und die Standard Oil über die Teilung der nordpersischen Felder ein Abkommen getroffen hatten, verhandelten Vertreter Sinclairs mit dem Schah über die gleiche Konzession. Henri Deterding versuchte die Standard und Sinclair aus Russland auszuschließen. Das Ausstehen von Venezuela und Kolumbien als bedeutende Erdölfelder der Zukunft und das Wiederaufleben des langwierigen mexikanischen Konflikt veranlaßten die Briten und Amerikaner zu neuen Kämpfen in der gefährlichen Zone der Monroe-Doktrin.

den vorragenden Schuttdächern, dem immer wiederkehrenden Spitzbogenfenstern, den Kachelkuppeln und den verschiedenfarbigen Marmorsteinen. Das Bestreben der zahlreichen in- und ausländischen Architekten, mit jedem Neubau einen neuen Stilreicht aufzustellen, hat hier und dort recht sonderbare Bauten entstehen lassen, so eine keltisch bizarre persische Postfach- und ein russisches Postfachgebäude von einem stark verunglückten Kubanais. Das Außenministerium hat zwar eine prachtvolle Marmorfassade, ist aber im übrigen so liederlich gebaut, daß es im Winter durch das Dach hineinregnet. Es bleiben jedoch immer noch genug bemerkenswerte und tadellose Bauten, die auch z. B. in Berlin Beachtung finden würden; der Prachtbau des Türk-Obdial, der Sarajenbau der Landwirtschaftsbank, die moderne Umkonstruktion des Gesundheitsministeriums und das hypermoderne bakteriologische Institut seien als die hervorragendsten genannt.

Südöstlich von Neu-Ankara und mit der Stadt durch eine breite neue Chaussee verbunden, haben sich die führenden Kemalisten in den Weinbergen von Tchantaja eine wunderhübsche Villenstadt erbaut, in der sie während der Wintermonate residieren. Hier, wo kaum das Gras gedeihen wollte, sind um alle Villen und Häuschen herum prächtige Blumengärten geschaffen worden, die in zahlreichen Terrassen übereinanderliegen. Damit diese Blumenpracht und dieses frische Grün die heißen Sommermonate überdauert ist ununterbrochen künstliche Bewässerung der Gartenstadt erforderlich, und jeder Haushalt muß ständig mehrere Gärtner beschäftigen. Auf dem Gipfel der höchsten Anhöhe von Tchantaja liegt inmitten der herrlichsten Gärten das Wohnhaus des türkischen Diktators Kemal Pascha; von hier aus überblickt man nicht nur die ganze Stadt, sondern der Blick schweift auch weit über die Naahel und Wüste der anatolischen Hochebene hinaus. Die armenischen Bauern, die von dort draußen mit ihren Bolrakkarren kommen, dürfen in die neue Stadt, nicht hinein, sondern müssen einen weiten Weg um sie herum zur Altstadt machen und dort ausspannen.

Dieses neue Ankara hat eine große Schwäche, die zwar nicht seine Gegenwart, aber doch seine fernere Zukunft zu bedrohen scheint: es ist fast ausschließlich mit den Mitteln des staatlichen Budgets erbaut worden. Es entspricht keiner wirtschaftlichen Notwendigkeit: es ist eine reine Regierungsgaststätte. Diese Stadt bringt dem Lande nichts ein, sie repräsentiert nur und verflüchtigt immer neue Riesensummen. Selbst wenn einstweilen die neuen großen Baupläne, das Parlaments- und sämtliche Regierungsgebäude oben auf die Burg zu verlegen und die Altstadt ganz abzureißen und ausgeführt bleiben, so wird doch die bloße Erhaltung der Stadt in ihrem gegenwärtigen Zustande laufend große Summen kosten. Der Orient ist zwar daran gewöhnt, daß sich ein neues Regime eine eigene neue Stadt erbaut, aber er ist nicht minder gewöhnt, daß das nächste Regime die Hauptstadt des vorhergehenden ganz einfach verfallen läßt. So steht Ankara's ferne Zukunft noch im Schatten eines großen Fragezeichens.

Die künstliche Stimme spricht

„Vier Männer saßen in einem verdunkelten Raum und lauteten Worten, die niemals über menschliche Lippen gekommen waren, hörten Töne, gesprochen von einer Stimme, die niemals existiert hat, und verstanden diese Worte, die vorzüglich ausgesprochen wurden, ganz deutlich. Es war nicht etwa eine spiritistische Sitzung, es war auch nichts Uebernatürliches in diesem Erlebnis. Es handelte sich vielmehr um die Geburt des achten Weltwunders, die Schöpfung der künstlichen Stimme.“

Mit solchen Worten beginnt ein Mitarbeiter eines Londoner Blattes die Schilderung der Erfindung, die einem Engländer E. A. Humphry gelungen ist. Der Schöpfer der „künstlichen Stimme“ ist ein 62jähriger Mann, der im Auftrag einer amerikanischen Filmfirma arbeitet, und als ihn der Besucher nach den Geheimnissen dieser wunderbaren Leistung fragte, da erwiderte er: „Diese Stimme entsteht aus 12 Meter dünner Pappe, einer falschen Linse, einer Zeichenseife und einem Streifen Zellulose, und dann muß natürlich eine Kamera dabei sein.“ Die Stimme lag vor ihm auf dem Tisch. „Da ist sie“, sagte er, „nehmen Sie sie in die Hand“. Es war eine lange Rolle von dünner Pappe, auf deren einer Seite ein Streifen von Zickzacklinien zu sehen war; wie die Registrierung eines Erdbebens auf einem Seismographen. Immer wieder kam dieselbe Folge von Linien vor, die nach der Erklärung von Humphry die Vokale darstellten. Dieser Streifen mit seinen abwechselnden Gipfeln und Tälern ist das, was man beim Tonfilm die „Tonbahn“ nennt und die dort die photographische Wirtgabe der menschlichen Stimme ist. Wenn eine solche Bahn mit Hilfe einer photostereoskopischen Zelle projiziert wird, dann wird sie in die Töne verwandelt, die wir von der Welt hören. Aber diese „Tonbahn“ war die Aufnahme einer Stimme, die niemals gesprochen hatte und überhaupt nicht existierte. Diese Stimme war von Humphry aufgemacht.

„Um die künstliche Stimme zu erzeugen“, erklärte er, „mühe ich die Töne, deren ich bedürfte, genau analysieren, um einen nach dem andern, wie bei den Tonbahnen wirklicher Stimmen, herzustellen. Es ist ganz einfach, die Gipfel und Täler herauszufinden, die jeden Vokal und jeden Konsonant darstellen. So wähle ich also die Worte, die durch meine künstliche Stimme gesprochen werden sollten, zerlege sie in die verschiedenen Laute, zeichne einen nach dem andern mit Hilfe eines Bergsteigerseiles auf meine Pappstreifen. Dann stelle ich die Streifen mit den Tönen in der richtigen Reihenfolge zusammen, photographiere sie auf einen Zellulosefilm, und nun kann ich sie mit der Tonfilmapparat vorführen.“ Tatsächlich hörte man von der Leitwand in einem tiefen Bass, der klar wie eine Glocke klang, einen Satz. Dem Erfinder ist es möglich, die tiefen Töne dieser künstlichen Stimme durch einige Veränderungen der Linien in einen hohen Sopran umzuwandeln. Er ist jetzt dabei, ein „Wörterbuch“ der Laute zusammenzustellen, nach dem in wenigen Augenblicken Worte und Sätze auf den Pappstreifen gezeichnet werden können, und so wird die künstliche Stimme bald in längerer, wohlgeleiteter Rede sprechen können. Humphry denkt auch daran, eine riesige Schreibmaschine herzustellen, die jeden Ton enthält, so daß die Stimme auf mechanischer Grundlage aufgezeichnet werden kann. Die Möglichkeiten, die diese Erfindung bietet, sind äußerst weittragend.

Ein Volk aus lauter Minderheiten. Ein Volk, das eigentlich aus lauter Minderheiten besteht, sind die Armenier. Nach der Volkszählung der Sowjetunion von 1926 gab es in Russland 1.725.000 Armenier. Davon leben 1.475.000 in Transkaukasien, und zwar im eigentlichen Armenien 871.000, im Verbleibenden 297.000 und in Georgien 307.000. In alle Teile der Welt zerstreut sind 606.000 Armenier. 340.000 allein zählt man in Amerika, in der Türkei und in Syrien. Zusammen sind das 2.331.000. Wenn man den jährlichen Geburtenumsatz rechnet — er beträgt 33 von Tausend —, Sterblichkeit und Auswanderung in Anschlag bringt, so dürfte man für das künftige Armenien auf eine jährliche Bevölkerungszahl von 900.000 kommen, während 2.400.000 außerhalb des Landes wohnen. Von der Gesamtzahl der Armenier sind also streng genommen 75 Prozent als zu Minderheiten gehörig zu betrachten.

Die Stadt der Kemalisten

Von unserem türkischen Korrespondenten

Wenn der Reisende im Ankara-Express, der jeden Abend von Konstantinopel nach der neuen türkischen Hauptstadt abfährt, am nächsten Morgen bei Sonnenaufgang aus dem Zugfenster blickt, so bietet ihm die Landschaft das Bild einer Einöde, wie sie trostlos kaum gedacht werden kann. Das vielfach gewundene Tal des Porsakflusses, das der Zug unter dauerndem schrillen Pfeifen der Lokomotive zur Hochsteppe von Ankara hinaufsteigt, umrahmen grünlichweiße Hügel und Kalkberge von den abenteuerlichsten Formen. Kein Baum, keine Spur von Grün — nichts als Kalk und Gips und Staub. Auf der Sohle des Tales schleicht eine schmale Rinne trübem Wassers dahin. Hier und dort öffnen sich die Talwände und gestatten einen Ausblick auf die erst in weiter Ferne von nackten, in grellen Farben leuchtenden Gebirgen begrenzte weite Einöde der zentralen Hochebene Anatoliens. Auf den weißen Staubbändern sich in der Unendlichkeit verlierender elender Straßen ziehen gelegentlich stumm und einsam armenische Bauern mit von schwarzen Büffeln vortwärtsgezleppten Boltraddarren langsam dahin; hinter jedem Tritt eines Fußes oder Hufes wirbelt in kleinen grauen Säulen der Staub empor. Ganz selten und in großer Entfernung voneinander sieht man kleine, elende Dörfer mit würfelförmigen Häuschen aus grauem Lehm und Schlamm. Nur strichweise zeigt sich primitiver Anbau auf steinüberfüllten Feldern.

Punkt 7 Uhr 30 früh aber kündigt sich Ankara an: in der unerändert gleichförmigen Landschaft zeigen sich plötzlich moderne Konstruktionen. Die elenden Wege verwandeln sich ohne Uebergang in tadellose neue Chaussees. Betonröhren überspannen die Wasserläufe, und wie mit einem Zauberschlag taucht rechts auf einem Abhang ein höchst modernes Dorf mit freundlichen, sauberen Häuschen unter roten Ziegeldächern auf, von einem mächtigen Schulgebäude eindrucksvoll überragt: Eri-Messut, das neu geschaffene Musterdorf und Paradiesland ganz Anatoliens. Wieder ein Stück menschenleerer Einöde, und dann liegt an der Bahn plötzlich die von der Steiner Chamotte errichtete neue Zementfabrik, aus deren turmartigen Schloten sich dicke Rauchwolken emporwinden. Jetzt weitet sich die Ebene, die Hügel treten ganz zurück, und es erscheint das mit allem Raffinement moderner landwirtschaftlicher Technik bewirtschaftete große Mustergut Kemal Paschas. Auf seiner gras-

grünen Anhöhe steht ein hübsches Spielzeug für große Kinder: der Rarmarkiosk Kemal Paschas. Die Fenster des Kiosk gehen nach rückwärts auf einen künstlichen Teich hinaus, zu dem man das Wasser irgendwo erbohrt und auf die Höhe hinaufgepumpt hat. In schönen Sommerabenden saßen die neuen Nachhaber bei Lampenbeleuchtung und Musik in kleinen Räumen auf diesem Teich spazieren und nun zeigt sich endlich Ankara selbst. Auf der Kuppe eines völlig isoliert inmitten der Hochebene stehenden steilen Berges liegt, von den Mauern der mittelalterlichen Festung umschlossen und zusammengezwängt, das düstere Alt-Ankara. Darunter aber breitet sich in der Ebene nach Süden und Osten hin eine völlig neue, moderne Stadt aus mit schnurgeraden Asphaltstraßen, genau abgezeichneten weiten Plätzen, mit Denkmälern und Parks und Pavillons, mit zahlreichen großen Gebäuden und Gebäudekomplexen, einer nagelneuen sauberen Wohnstadt und südöstlich nach Tchantaja hinaus, einem hübschen Villen- und Diplomatenviertel. Vor dem Bahnhof haeren der ankommenden Reisenden lange Reihen eleganter Mietkraftwagen, und dann jaust man über einen tadellos asphaltierten Fahrdamm durch doppelte und vierfache Baumalleen mit kilometerlangen grünen Rosenstreifen hinein in die Stadt nach einem mit allem modernen Komfort ausgestatteten Hotel, das ebensogut auch an der Riviera stehen könnte. Der Kontrast zwischen der Einöde draußen ringsherum und dieser modernen Stadt in ihrer Mitte ist einfach überwältigend.

Die erste Wanderung kreuz und quer durch Neu-Ankara überzeugt davon, daß mit den 400 Millionen Mark, die der Bau der neuen Stadt bisher verschlungen hat, wirklich etwas Großes geschaffen worden ist. Wo heute das neue Ankara steht, da befand sich vor fünf Jahren noch ein einziger mächtiger Sumpf, der aber gleich so radikal ausgetrocknet worden ist, daß nun die Bäume hier nicht mehr genügend Wasser finden. Auf der Stelle dieses einstigen Sumpfes steht nun eine verwirrende Fülle von Neubauten, die alle Abarten des modernen Baustils im Wettbewerb mit dem neuen Stil der sogenannten maurisch-sarazenesischen Renaissance zeigt. Dieser höchst originelle Orient baustil schmückt moderne Zweckbauten in überraschend glücklicher Weise mit den Mitteln der altorientalischen Ornamentik, den gewölbten Fenstern oder